

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 31/32 vom 10. August 1984

18. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

„Danach —
die Lage der
Gewerk-
schafts-
bewegung“

Zur Auswertung der
Streikbewegungen —
Seite 5

„Aussper-
rung
verbieten“

Zum Gesetzentwurf
der Grünen für das
Aussperrungsverbot —
Seite 8

Die
Verwicklung
der BRD
in den
Libanon-
Krieg —
Seite 10

Genscher spricht Wahres

So oft wird H. D. Genscher angegangen, weil er wieder mal was anderes sagt, als einen Tag zuvor, deshalb soll hier herausgestellt werden, daß er jetzt was Wahres gesagt hat. Die Kredite an die DDR, so der Bundesaußenminister, dürfe man nicht kurzfristig betrachten, sie brächten auf jeden Fall Zinsen und zwar politische.

Und wo er recht hat, hat er recht, und schließlich gibt es viele hier, die auf den Tag warten, wo es gilt, diese Zinsen einzutreiben. Das sagt auch die Prawda, originellerweise in einem Zug mit Genscher. Was sie nicht sagt, ist, daß dieses DDR-Konto bei der (Bundes) Deutschen Bank von Moskau aus eröffnet worden war...

Chauvinismus

Ein neues Wort in der bundesdeutschen Sportberichterstattung. Jetzt weiß es jeder, endlich: Chauvinismus ist, wenn einer viele Goldmedaillen gewinnt, oder? Bei genauerer Betrachtung weiß man eigentlich nicht, worüber man sich mehr aufregen soll: Über diesen amerikanischen Chauvinismus oder über den westdeutschen. Klar, der rast nicht so, gibt ja auch wenig Anlaß dafür. Die Amis also zeigen nur ihre „Goldgewinner“. Könnte uns kaum passieren. Das deutsche Fernsehen ist da ganz anders: Sie zeigen nur den westdeutschen Bronzemedailisten...

Noch weniger?

Die neuen Pläne für Reduzierung der Vorschriften im Bauwesen und der Steuerverbesserung für Hausbesitzer seien ein weiterer Schritt zum gesellschaftspolitischen Ziel „weniger Staat“, betonte gestern ein CDU-Sprecher. Die CDU verfolgt dieses Ziel offensichtlich sehr ernsthaft. Und wenn dann alles gestrichen, die Wände wackeln, der Lehrling fegt, die Schwangere ihr Maul hält, dann gibt es konsequenterweise nur noch eines: Weniger Uniformen. Weniger Polizei, weniger Staat.

Aber es ist zu fürchten, daß es die Bonner Regierung zu einer solch konsequenten Haltung nicht bringen wird...

Erneuter Anstieg der Arbeitslosenzahlen

40 000 Arbeitslosen 800 Millionen Mark geklaut

Mehr Arbeitslose — höhere Überschüsse

Wenn die Unternehmer mehr Gewinn machen, stellen sie auch mehr Leute ein — das ist die Grundformel, mit der die konservativen Parteien in allen kapitalistischen Ländern des Westens ihre Politik verkaufen wollen. Das Versprechen, auf die-

sem Weg für die Besetzung oder wenigstens deutliche Verminderung der Arbeitslosenzahlen zu sorgen, hat beim Wahlsieg der jetzigen Koalitionsregierung eine wichtige Rolle gespielt. Auch im zweiten Jahr danach wird deutlich, daß dies

nichts anderes ist als eine Propagandalüge. Der erneute Anstieg der Zahl der registrierten Menschen ohne Arbeit auf über 2,2 Millionen im Juli 84 zeigt dies.

Fortsetzung auf Seite 2



Eine erschreckende Bilanz

24 Menschen „im Dienst getötet“

Im letzten Jahr wurden — laut offizieller Statistik der Länderinnenminister — 42 Menschen von der Polizei mit gezielten Schüssen verletzt, davon starben 24. Seit den Zeiten der geschürten „Terroristen-Hysterie“ die mit Abstand höchste Zahl an Todesopfern von Polizeieinsätzen.

Die Polizeigewalt-Statistik geht noch viel weiter: Gleich 35mal haben bundesdeutsche Polizisten eine „unbeabsichtigte“ Schußabgabe mit Folgen“ zustande gebracht, fast täglich wurden bewaffnete Festnahmen verzeichnet.

Was da alles in der Statistik versinkt, das sind Menschen-schicksale. Jugendliche, die „aus Versehen“ erschossen wurden ebenso wie jemand, der was geklaut hat und an dem dafür die Todesstrafe vollzogen wurde. Unbeteiligte starben ebenso.

Das sind die Früchte der „besseren Ausbildung“, die in den 70er Jahren alle in Bonn vertretenen Parteien so lautstark forderten und möglich machten. Die Folgen immer stärkerer Bewaffnung, für die regelrechte Kampagnen insze-

niert wurden. Die Folgen ein wachsendes Polizeiheer, für das noch immer Geld genug da war.

Das sind die Spitzen des Eisbergs an polizeilichem Gewaltvorgehen, das in den letzten Jahren immer heftiger wurde — die Knüppelinsätze, bei denen laut Presse doch stets so viele Polizisten verletzt werden, sind da nur die Basis einer Pyramide. Polizeiterror, wie jüngst in Köln gegen türkische Einwohner praktiziert wurde, bildet den „soliden Mittelbau“. Von den ganzen wachsenden Haufen sogenannter Sondereinheiten einmal ganz und gar abgesehen.

Gesetze wie die „putative (angenommene) Notwehr“ und der berühmte „finale Rettungsschuß“ (töten) sind dafür die in Bonn geschaffene Grundlage.



Neue Pläne im Gesundheitswesen:

Höhere Kosten, schlechtere Versorgung

„Weil du arm bist, mußt du früher sterben“ — dieser bittere Spruch hat stets in der kapitalistischen Welt seine Gültigkeit behalten, nicht nur in unterentwickelten Ländern, wo es zu Recht massive Vorwürfe des täglichen Massenmordes gegen internationale Nahrungsmittelkonzerne usw. gibt. Nein, seine Gültigkeit hat dies auch für ein Land wie die Bundesrepublik stets behalten (wesentlich niedrigere Lebenserwartung der Arbeiter). Daß die Gesundheitspolitik eine wichtige Rolle dabei spielt, ist leicht einsichtig. Die jetzt in Zusammenhang mit neuen Blümschen Plänen geäußerten Absichten der Bonner Regierungsparteien stellen dabei einen deutlichen und bewußten Schritt in die falsche Richtung dar.

Viel Aufsehen hat nach der Pressekongferenz der beiden Gesundheitspolitischen Sprecher von CDU und CSU in der letzten Woche dabei deren Erklärung erregt, ab Sommer nächsten Jahres werde es anstelle einer Rezeptgebühr eine wirkliche „Selbstbeteiligung“ (als ob es

keine Beiträge zu den Krankenkassen gäbe) geben — vorerst noch auf 10 Mark je Rezept begrenzt. In diesem Zusammenhang sollen auch weitere angebliche Bagatellarzneien verweigert werden.

Fortsetzung auf Seite 2

Bilanz der sogenannten
Rückkehrförderung:

Zimmermann spielt falsch

300 000 ausländische Arbeiter hätten das „Angebot“ der Bundesregierung, Rückkehrhilfe genannt, akzeptiert, ließen Zimmermann und Blum in der vergangenen Woche bekanntgeben. Dies sei ein eindeutiger politischer Erfolg ihrer Ausländerpolitik. Genauer betrachtet und überlegt, sieht es anders aus.

Einmal manipulieren die Herren Minister und ihre Sekretäre die Zahlen. So gab es statt der erwarteten 20 000 lediglich rund 14 500 (erfolgreiche) Anträge auf staatliche Rückkehrhilfe. Da werden die entsprechenden Angebote der Bundesanstalt für Arbeit (5 000 bewilligte Anträge) und der Rentenversicherung (140 000) einfach mit hinzuge-rechnet. Von einer „Annahme“ der Politik der Bundesregierung

durch die Betroffenen kann in diesem Zusammenhang, bei diesen Zahlen, keineswegs die Rede sein — dies hat auch der DGB in einer Stellungnahme unterstrichen.

Zum anderen: In den verschiedenen bekannten Mafia-Filmen gibt es immer wieder die Formulierung „Mach ihm ein Angebot, das er nicht

Fortsetzung auf Seite 3

„Deutsche Technik“ mordet mit

Die Bundesregierung lehnt die Verantwortung ab ...

MBB-Hubschrauber an Irak

Wieder ist ein Mosaiksteinchen bundesdeutschen Waffenhandels ans Tageslicht gekommen: In der „Widerlegung“ eines „Spiegel“-Berichtes über deutsche Militärhubschrauber, die an den Irak für den Golfkrieg geliefert worden seien, gab die MBB bekannt, es handle sich um die Zivilversion — allerdings wohl mit Kanonen bestückt. Die Bundesregierung ließ sofort verlauten, daß sie sich dafür nicht verantwortlich fühle.

Die Maschinen wurden von der spanischen Firma CASA in MBB-Lizenz gebaut. Und mehr als das: MBB ist an CASA als ein Großaktionär mit 11 Prozent beteiligt...

Sie sollen als „Verbindungshubschrauber“ verwendet werden, was auch schon ein militärischer Zweck ist, und einige seien mit Oerlikon-Kanonen aus der Schweiz ausgerüstet worden. Das dabei ins Gespräch gekommene Londoner Büro diene nur dem Verkauf in England — sagt MBB. Regierungssprecher

Boenisch dazu: Das alles sei ganz legal, es habe keiner besonderer Exportlizenz bedurft. Was wohl stimmen mag. Weshalb die Bonner Herrschaften sich aber noch lange nicht von der Verantwortung für den tödlichen Handel freisprechen können. Denn: Wer hat denn die Gesetze so gedreht, daß solcher Todeshandel zunehmend ausgebaut wird? Das waren die Regierungen Schmidt und (erst recht) Kohl. Frei von Verantwortung? Eher: Frei jeglicher moralischer Bedenken, Profitjäger eben.



1. Oktober 1984 Gesundheitstag Bremen

Anfang Oktober findet in Bremen ein Gesundheitstag statt. Diese Veranstaltung kritischer Leute aus dem gesamten Bereich der Gesundheit ist kein „alternativer Ärztetag“ sondern von Themen und Teilnehmern her sehr breit angelegt. Die Organisatoren vom „Bremer Gesundheitsladen e.V.“ schreiben in einem jetzt erschienenen Faltblatt über dieses Projekt:

Was ist denn der Gesundheitstag???

Erstmal ist es gar kein Tag, sondern eine ganze Woche in den ersten sieben Oktobertagen. Es wird ein großes Treffen von vielen tausend Leuten werden, die fast alle irgendwie mit Gesundheit zu tun haben. Die sich Sorgen um die „alltägliche Gesundheit“ machen. Die sich einfach nicht wohlfühlen. Die mit Unruhe die vielen krankmachenden Seiten unseres Lebens beobachten. Oder die irgendwo im „Gesundheitswesen“ arbeiten. Alle die sind eingeladen, die diesen wichtigen Bereich Gesundheit nicht einfach aus der Hand geben und den Politikern überlassen wollen, sondern die Gesundheit als ihr ureigenes Gebiet ansehen. Alle die sind eingeladen, die den täglichen Un-Frieden krankmachend finden, aber auch die mit uns etwas gegen Kriegsplanung tun wollen. Wir werden uns im Oktober eine Woche lang in Bremen treffen und diese und viele andere Themen zusammen diskutieren. Und immer wollen wir auch besprechen, wo aus dem Geredeten Praxis werden kann, wo wir Taten folgen lassen können. Was dabei herauskommt liegt an Euch, den Teilnehmern. Wenn Ihr einfach nur zuhört, geschieht nicht allzuviel. Wenn Ihr mitmacht, Eure Meinung auch sagt, berichtet von Eurer Erfahrung mit Gesundheit und allem, was damit zu tun hat, dann geschieht etwas, die Gesundheitsbewegung verdient wieder ihren Namen.

Was ist denn nun die Gesundheitsbewegung???

Da muß man wohl von dem 1. Gesundheitstag 1980 in Berlin und dann 1981 in Hamburg berichten, wo sich 10000 bzw. 15000 Leute für einige Tage trafen, um Gesundheitsfragen zu diskutieren. Als Folge davon wurden in fast allen größeren Städten der BRD „Gesundheitsläden“ gegründet, die von Patientenberatung über Selbsthilfegruppen bis hin zum Erarbeiten von gesundheitspolitischen Programmen eine ganze Reihe von Funktionen haben. Und aus den Treffen dieser Läden entstand dann die Idee, jetzt wieder einen Gesundheitstag in Bremen zu veranstalten. Wo die „Bewegung“ dann steht, oder wohin sie geht, wird sich im Oktober wohl zeigen. Wir vom Bremer Laden sind jedenfalls gespannt.

Mehr Informationen über die mehr als 500 geplanten Veranstaltungen unter den Programmpunkten „Datensturm“, „Aufstand aus dem Abseits“, „Vom Sozialstaat zur Pflicht zur Gesundheit“, „Arbeitsmedizin, Umwelt, Naturheilkunde“, „Die alltägliche Gesundheit“ sowie „Friedensarbeit hier und Solidaritätsarbeit in der dritten Welt“ bietet eine Programmübersicht so wie ein bald erscheinendes Programmbuch. Darin gibt es auch mehr Informationen über Kulturveranstaltungen, eine große Weserfahrt unter umwelt- und gesundheitspolitischen Aspekten und vieles andere mehr.

Informationen bei: Bremer Gesundheitsladen e.V., Braunschweiger Straße 53 b, Tel.: (0421) 4988634.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 48 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 48 Dortmund 30, Postfach 300526. Postcheckkonto Nr. 79800-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 48 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Auseinandersetzungen um Westpolitik der DDR

Tiefe Risse?

Lieblingssportart westdeutscher Journalisten in der letzten Woche war das sogenannte Neue-Deutschland-Rennen: Die tägliche Prüfung, ob oder nicht, und wenn, was das Zentralorgan der SED aus der Presse der anderen pseudosozialistischen Staaten nachdruckt.

Nach dem ersten „Prawda“-Artikel war ein inhaltlich entgegengesetzter Artikel der ungarischen Gewerkschaftszeitung wiedergegeben worden, ein zweiter, schärferer „Prawda“-Artikel dagegen — zumindest mehrere Tage lang — nicht. Auch die UZ der DKP beließ es beim Nachdruck des ersten Artikels der „Prawda“.

Erneut wird dort — im Gegensatz zum ungarischen Artikel — zuerst die westdeutsche Politik kritisiert, der wachsende Revanchismus genannt. Kanzler Kohl fiel dazu nichts anderes ein, als zu betonen, er sähe keinen Revanchismus in der BRD. Was man ihm als Eingeständnis von Blindheit auslegen könnte, betrachtet man die Politik seiner Partei, der sogenannten Vertriebenenverbände oder auch — am selben Tag — das Treffen eines angeblichen Weltbundes freier Letten in München.

Deutlicher als zuvor aber übt der zweite „Prawda“-Artikel Kritik auch an der Politik der SED-Führung. Wirtschaftliche Einflußnahme betreibe die Bonner Regierung, sie mache den Versuch, grundlegende Zuge-

stände zu bekommen usw. Eine Kritik, die, das schrieb der RM bereits in der letzten Woche, von der Sache her durchaus zutrifft. Eine Kritik aber auch, und dies ist ganz deutlich, die solange nicht geäußert wurde, wie solche Beziehungen der Politik der UdSSR in den Kram paßte.

Zwei Tatsachen sollte man in diesem Zusammenhang unterstreichen. Zum einen ist die Politik der wirtschaftlichen Einflußnahme, des Erzwingens grundlegender Zugeständnisse nicht von heute und nicht von gestern, sondern wurde seit dem Niedergang der Erfolgsaussichten der berüchtigten „Hallstein-Doktrin“ (die der Höhepunkt der revanchistischen Politik gegenüber der DDR war und besagte, die BRD breche mit jedem Land seine Beziehungen ab, das seinerseits Beziehungen zur DDR aufnehme) seit der „neuen Ostpolitik“ Willy Brandts.

Transferzahlungen von über 750 Millionen im Jahr, der „Swing“-Kredit im sogenannten innerdeutschen Handel (fast 700 Millionen) und die beiden Bank-Großkredite sind keineswegs nur neue Dinge, sondern

Verhältnisse, die bereits im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag zumindest ansatzweise begonnen wurden.

Diese Politik wurde durch die verschiedensten Verträge, die unter der Kanzlerschaft Willy Brandts geschlossen wurden, überhaupt erst ermöglicht. Verträge, an denen von wirklichen Kommunisten bereits damals stets kritisiert wurde, daß sie die revanchistischen westdeutschen Ansprüche auf die DDR vor allem offen lassen. Verträge, deren Grundstein der Moskauer Vertrag ist, den die UdSSR abgeschlossen hat.

Zweitens sollte man sich daran erinnern, daß damals die Fronten der Auseinandersetzungen zwischen den revisionistischen Parteien anders verliefen, daß die damalige SED-Führung unter Ulbricht Unzufriedenheit mit diesem Vorgehen, mit der sowjetischen Politik erkennen ließen. Da gab es offensichtlich noch mehr direkten Einfluß, denn daß diese Verträge das politische Ende Ulbrichts bedeuteten, ist eine geschichtliche Tatsache.

Wenn also die sowjetische Parteiführung sich heute hinstellt und so zu tun versucht, als betreibe sie eine kontinuierliche, prinzipielle Politik, so ist dies eine Verwischung der Wirklichkeit. Was stimmt, ist daß durch fast zwei Jahrzehnte solcher

Politik der westliche Einfluß in einer Reihe solcher Länder inzwischen so groß ist, daßer in der gegenwärtigen Lage und absehbaren Entwicklung der Führung der UdSSR Sorge macht.

Nicht umsonst ist es ja, daß gerade Ungarn sich in diese verkappte Polemik offen einmischt, ein Land, das engstens mit dem IWF zusammenarbeitet und das mehr und mehr offen den Weg einer echten blanken kapitalistischen Restauration geht.

Natürlich ist es müßig, dabei, wie es die bürgerliche Presse in der BRD tut, über Fraktionskämpfe und sonstiges in der DDR zu spekulieren. Das muß sie tun, weil nur so das stets gezeichnete Bild der SED-Führung als ausschließlich Befehlsempfänger Moskaus (oder eben alternativ: heimlichen Gegners) aufrechterhalten läßt. Das ist so gar nicht das Problem, sondern es handelt sich um eine allmähliche Entwicklung, die im RGW, unter den pseudosozialistischen Staaten, Risse hat entstehen lassen, die sich bei weiterer Fortsetzung dieser Politik rasch in tiefe Risse verwandeln werden und teilweise bereits dabei sind, es zu tun.

Dabei spielt die Bundesregierung auf Abwarten und weiter Wirken, nur so läßt sich beispielsweise die Haltung der CDU erklären, die sie einnahm, als es um die Nichtanwendung der „menschlichen Erleichterungen“ sich drehte — zu Brandts Zeiten sicher Anlaß einer großen CDU-Kampagne.

40 000 Arbeitslosen 800 Millionen Mark geklaut

Fortsetzung von Seite 1

Schon im letzten Jahr war neben Kohls Lehrstühlenlüge auch die Behauptung, man werde die Zahl der Arbeitslosen insgesamt reduzieren, geplatzt. Die Gewinne der Unternehmer steigen und steigen — von mehr Einstellungen, von einem Sinken der Arbeitslosenzahlen kann nicht entfernt die Rede sein, die Zahlen, die offiziell angegeben werden, liegen ziemlich genau auf dem selben Stand wie im letzten Jahr, der Jahresdurchschnitt wird um oder über die 2,5 Millionen Menschen ohne Arbeit liegen.

Geradezu zynisch ist es da, wenn zur selben Zeit eine Diskussion darüber lanciert wird, was mit den Überschüssen der Bundesanstalt für Arbeit zu geschehen habe. Denn diese Überschüsse bestehen gerade aus dem Geld, was man durch immer stärkere Beschränkungen den Arbeitslosen geklaut hat. Obwohl die Zahl der registrierten Arbeitslosen leicht über denen des letzten Jahres im Juli liegen, bezahlt die BfA für über 40000 Menschen weniger als im Vorjahr Arbeitslosengeld oder -hilfe. Das sind, nach offiziellen Angaben, übers Jahr gerechnet, Einsparungen von sage und schreibe fast 800 Millionen Mark. 800 Millionen, die den Arbeitslosen verweigert werden — das ist der Kern jener so viel diskutierten „Überschüsse“ der Arbeitslosenversicherung in diesem Jahr.

Die Regierung und die Koalition sowie ihr Mann an der Spitze der BfA haben Schwierigkeiten, diese Entwicklung zu verteidigen. Im letzten Monat mußte dafür — wie es zu erwarten war — der Streik der Metaller und Drucker herhalten. In diesem Monat hätte — auch von ihnen

teilweise zugegeben — nach dieser Logik sozusagen ein Nachholbedarf bestehen müssen, Neueinstellungen zum Aufholen in der Produktion, was keineswegs geschah, ein Beweis dafür, wie verlogen diese Propaganda ist.

Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als gegenwärtig einzi-

gem Weg, die Arbeitslosigkeit im Rahmen des kapitalistischen Systems wenigstens abzumildern, ist von den Unternehmern und ihrer Bonner Wunschregierung verhindert worden, die wenigen erreichten Fortschritte werden hier kaum Wirkung zeigen.

Denn die Kapitalisten und ihre Regierung haben in Wirk-

Höhere Kosten, schlechtere Versorgung

Fortsetzung von Seite 1

Weniger Aufsehen hat dabei die geäußerte Absicht Blüms erregt, eine Veränderung der Vertragspolitik zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen zu ermöglichen, die darauf hinauslaufen soll, den Kassen mehr Vertragsfreiheit zu geben. Was sich zunächst einmal neutral anhört, aber zumindest die Möglichkeit beinhaltet, daß eine ganze Reihe von Krankenhäusern, mangels „Vertragsmasse“ allmählich von der Bildfläche verschwinden, die Versorgung mit Krankenhausbetten also weiter verschlechtert wird, wie gehabt, mit rein wirtschaftlicher Begründung. Dies könnte längerfristig der entscheidendere Schritt dazu sein, was die CDU/CSU-Sprecher „mehr Marktwirtschaft“ im Gesundheitswesen nannten.

Denn das ist die Zielrichtung dieser Pläne, den sogenannten freien Markt, Angebot und Nachfrage als System, einzuführen, wo weniger Nachfrage ist, auf dem Land zum Beispiel, wird es eben auch noch weniger Angebot geben.

Bei diesen Vorschlägen, die jetzt von CDU und CSU lanciert

werden, wird nach dem alten „Wende“-Prinzip vorgegangen: Nicht wie die SPD/FDP-Regierung einst einfach Gebühren einführen und ständig erhöhen, begleitet von ein paar Kürzun-

Bereits im August 1979 hatte die KPD in ihrem damals verabschiedeten Aktionsprogramm die Forderung aufgestellt, das damalige Kostendämpfungs-gesetz wieder abzuschaffen — erst



gen, die immer weiter gehen, sondern eine Veränderung des ganzen Systems zu erzwingen. Eine Reihe von Schritten dahin wurden ja bereits in den beiden letzten Jahren gemacht, aufbauend auf dem, was die SPD-Regierung davor diesbezüglich „geleistet“ hatte.

recht müssen jetzt diese Pläne der sozialen Reaktion bekämpft werden. Dem muß die Forderung nicht nur nach ausreichender, sondern nach wie vor auch nach kostenloser medizinischer Versorgung der Werttätigen gegenübergestellt werden.

Zur Familienpolitik der CDU/CSU

„Familie“ wurde in den Reihen der „C“-Parteien immer groß geschrieben. Aber das Getöse, das gegenwärtig in CDU und CSU um diese Frage entfacht wird, übertrifft selbst die Anfangszeiten der Bundesrepublik, als Franz Josef Wuermeling als Vorstufe zum späteren Familienministerium seine „Kampfgruppe für die Familien“ gründete.

Der Hauptschlachtruf heißt „Die Deutschen sterben aus“. So auch auf dem familienpolitischen Kongreß, den die CSU kürzlich veranstaltete. Aber es geht nicht nur um Bevölkerungspolitik. Es geht auch um Gesellschaftspolitik. Denn die Abkehr von der bürgerlichen Familie, gegen die die Strauß und Geißler zusammen mit dem Papst, den Bischöfen und Kardinälen streiten, geht einher mit einer veränderten Haltung gegenüber der Gesellschaft. Für die Unionspolitiker besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Krise, in der sich die bürgerliche Familie befindet und der Frauenbewegung, der Jugendprotestbewegung, dem sogenannten Anspruchsdenken gegenüber dem Staat und den Forderungen, die an das Bildungssystem — Stichwort: Chancengleichheit — gestellt werden, um nur einiges zu nennen. Nur auf diesem Hintergrund ist auch der Fanatismus zu begreifen, mit dem sich einige der Unionspolitiker, allen voran Franz Josef Strauß, dem Unternehmen „Rettet die deutsche Familie“ verschrieben haben.

Ob die praktischen Maßnahmen, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll, aber Erfolg haben werden, steht auf einem ganz anderen Blatt. 1984 ist nicht 1953, als die CDU mit dem damals neu eingerichteten Familienministerium begann, Politik zu machen. Und was sich damals durchsetzen ließ, muß sich heute noch lange nicht durchsetzen lassen. Denn zwar haben wir heute wieder eine „christliche“ Regierung, aber in einer gesellschaftspolitischen Landschaft, in der sich gerade im Bereich der Familie, im Selbstverständnis der Frauen und der Jugendlichen erhebliches geändert hat. Und das läßt sich weder mit finanziellen Anreizen noch mit gesetzlichen Zwangsmaßnahmen einfach rückgängig machen.

Das zeigte sich selbst auf dem CSU-Familienkongreß in der Frage des § 218. Obwohl Ed-

mund Stoiber alle Register zog und in übelster Demagogie von der „merkwürdigen Diskrepanz“ zwischen Tier- und Menschenliebe sprach, die einerseits gegen das Robbenschlachten ist, andererseits aber die „1000fache Tötung werdenden Lebens“ befürwortet, lehnte die große Mehrheit des Kongresses dennoch einen Antrag, die Abtreibung auf Krankenschein sofort zu unterbinden, ab. (An dem Kongreß nahmen mehrheitlich Frauen teil.) Strauß und Stoiber bekamen lediglich einen Antrag durch, nach dem in dieser Frage langfristig etwas geschehen solle.

geschieden wird (womit die Scheidungsquote in der Bundesrepublik allerdings immer noch niedriger ist als die anderer westeuropäischer Staaten) liegt den Politikern der CDU/CSU schwer auf der Seele. Vor allem, seit ihnen durch den Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der BRD, der Anfang des Jahres vorgelegt wurde, klargeworden ist, daß zwischen Ehescheidungen und fehlendem Kindersegen ein direkter Zusammenhang besteht. (Der Bericht stellte dar, daß die meisten Ehen im 3. bis 6. Jahr geschieden werden. In diesem Zeitraum ist ca. die Hälfte der

geraten. Staatliche Ehekitung also mit dem Mittel des wirtschaftlichen Drucks und Zwangs. Was dabei aus den einzelnen Mitgliedern der Familie wird, interessiert die Regierung nicht, das ist schließlich Privatsache. Hauptsache, die Familie ist gerettet, und dem Staat entstehen keine Kosten!

Was die finanziellen Anreize zur Rettung der Familie betrifft, sind vor allem zwei Dinge im Gespräch, über die es im Laufe der Haushaltsdebatten schon heftigste Auseinandersetzungen auch zwischen den Regierungsparteien gab: der sogenannte

ausschließlich darum gehe, „zwischen Familien mit Kindern und solchen ohne Kinder mit jeweils gleichem Einkommen auszugleichen“. So demonstriert die Regierung mit dem Kinderfreibetrag also nicht nur, daß sie mehr Kinder will, sondern auch, daß diese Kinder in der Klasse und in der Schicht, in die sie hineingeboren wurden, auch bleiben sollen.

Das ist auch der Grund, warum die Regierung von einer generellen Erhöhung des Kindergeldes — was wesentlich unbürokratischer wäre — nichts wissen will. Von einem Kindergeld nur für die, die es tatsächlich brauchen und nicht für Arbeiter und Millionäre gleichermaßen natürlich ganz zu schweigen.

Ein weiterer finanzieller Anreiz soll über das sogenannte Erziehungsgeld geschaffen werden. Ein Erziehungsgeld, das junge Mütter sechs Monate lang bekommen sollten, wollten CDU/CSU schon vor einigen Jahren durchsetzen, als die da-

malige Bundestagsmehrheit die Einführung des Mutterschaftsurlaubs beschloß. Der Haken damals und heute: das Erziehungsgeld ist nur für deutsche(!) Frauen gedacht. Und nur solche jungen Mütter sollen es bekommen, die entweder nicht mehr berufstätig sind oder — wie bei dem jetzt in Baden-Württemberg eingeführten Erziehungsgeld — für mindestens zwei Jahre auf ihre Berufstätigkeit verzichten. Die Absicht bei dieser Sache liegt auf der Hand: die Frauen sollen aus dem Erwerbsleben gelockt, der Staat von andernfalls anfallenden Kosten befreit werden. Was später aus den Frauen wird, wie die Familie über die Runden kommt, wenn es keine staatliche Unterstützung mehr gibt, interessiert nicht.

Was interessiert, ist die Familie zu retten: damit es wieder mehr Deutsche gibt, damit es wieder mehr Zucht und Ordnung gibt, damit der Staat noch mehr Sozialleistungen streichen kann...



Das ist bereits die zweite Schlappe im Kampf gegen den § 218, denn auch ein entsprechender Gesetzentwurf, der kürzlich im Bundestag eingebracht worden war, hatte dort keine Mehrheit gefunden. Die CSU will es jetzt über das Bundesverfassungsgericht noch einmal versuchen. Das oberste Gericht soll feststellen, daß es für Krankenkassenmitglieder nicht zumutbar ist, wenn aus den Kassenbeiträgen auch Abtreibungen finanziert werden. Was sich die CSU-Politiker von diesem Gang nach Karlsruhe versprechen, nachdem das Bundesverfassungsgericht gerade erst die gleichlautende Klage der „Bild-Post“-Redakteurin Ursula Zöllner abgewiesen hat, ist allerdings unklar.

Mehr Chancen rechnen sich die Unionspolitiker bei der Veränderung des Scheidungsrechts aus. Die Tatsache, daß mittlerweile bei uns fast jede vierte Ehe

Ehen aber noch kinderlos.)

Was aus diesen Zahlen spricht — ob sie vielleicht einfach statistisch belegen, daß der „Bund fürs Leben“ in dem Maße, wie die Ehe keine bloße wirtschaftliche und soziale Zweckgemeinschaft ist, nicht mehr der Regelfall in einer Gesellschaft sein kann — interessiert die Unionspolitiker nicht. Für ihre Zwecke sind Scheidungen schlecht. Also dürfen weniger Ehen geschieden werden. Also muß das Scheidungsrecht geändert werden.

Verschlechtert werden sollen die Regelungen über den Versorgungsausgleich und den Unterhalt, hinten herum soll das alte Schuldprinzip wieder eingeführt werden. Die beabsichtigte Folge: kommt diese Änderung des Scheidungsrechts durch, riskieren vor allem Frauen, die wegen der Kinder ihre Berufstätigkeit aufgeben haben, im Falle der Scheidung in finanzielle Not zu

Kinderfreibetrag und das sogenannte Erziehungsgeld.

Der Kinderfreibetrag soll, wie immer wieder erklärt wird, endlich eine echte Hilfe für Familien mit Kindern bringen. Daß eine solche echte Hilfe dringendst angebracht wäre, brauchen die Unionspolitiker keinem zu sagen. Der Kinderfreibetrag ist dazu allerdings ein untaugliches Mittel. Denn egal, ob der steuerliche Kinderfreibetrag 2484DM betragen wird, wie von der CDU vorgesehen oder 3000DM, wie von Strauß gefordert, immer werden bei dieser Regelung die Reichen mehr für ihre Kinder bekommen als die Armen.

Und das ist auch beabsichtigt. Dr. Hafele, Staatssekretär im Finanzministerium, der die Pläne der Regierung in Bezug auf den Kinderfreibetrag kürzlich vor der Presse erläuterte, betonte ausdrücklich, daß es

377000 noch ohne Lehrstelle Jugendarbeitslosigkeit wächst weiter

Kurz vor „Torschluß“ suchen noch — nach verschiedenen Angaben — 377000 Jugendliche eine Lehrstelle. Auch hier gilt: Die „Versprechungen“ der Regierung, die Jugendlichen müßten nur auf die ihnen zustehenden Schutzrechte verzichten, dann würden die lieben Unternehmer ihnen auch Lehrstellen verschaffen, ist so verlogen wie unverschämte.

Was seither an sogenannten konkreten Initiativen gestartet wurde, lief allesamt auf eines hinaus: Das Angebot an die jungen Leute, auf Geld und Rechte zu verzichten und dankbar eine Hungerleiderarbeit anzunehmen — und selbst das nur für einige wenige.

Wo vor 10 bis 12 Jahren noch Kämpfe um die Ausweitung betrieblicher und gewerkschaftlicher Rechte stattfanden, da sind diese heute „eingefroren“, sind die gesetzlichen Schutzbestimmungen stark verringert. Von der Entwicklung der Ausbildungsvergütungen in den letzten Jahren ganz zu schweigen.

Oft genug und lange ist immer wieder, sei es von der Gewerkschaftsjugend, sei es von fortschrittlichen und kommunistischen Jugendorganisationen die Forderung erhoben worden, mit politischen Maßnahmen gegen die Entwicklung auf dem Sektor der Lehrstellen vorzugehen. Die SPD/FDP-Regierung hatte sich geweigert, diese Forderung zu erfüllen, die jetzige Regierung erklärt ihre offene

Gegnerschaft zu solchem Verlangen.

Die Verpflichtung der Großbetriebe auf eine bestimmte Zahl von Ausbildungsplätzen, die Schaffung staatlicher Lehrwerkstätten, die Finanzierung durch eine Umlage der Betriebe, das sind zentrale Punkte eines aktuellen Forderungskatalogs, wie ihn auch die Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD), die Jugendorganisation unserer Partei, vertritt.

Nur solche, politische Maßnahmen, können die katastrophale Lage auf diesem Sektor — gegen den Willen der Unternehmer — verbessern. Was ist das für ein System, das mit seinem Wohlstand prahlt und Hunderttausende von Jugendlichen zu „Fehlstartern“ macht, zur Hoffnungslosigkeit verurteilt? Hier muß jede Verbesserung den Herrschenden unserer Gesellschaft abgetrotzt werden, hier muß deutlich werden, daß nur ein sozialistisches System in der Lage ist, diese Situation grundlegend zu verändern, zu verbessern.

Ihr Ziel sind noch höhere Mieten

Hausbesitzer fordern weniger Wohnungsbau

Eine Million Wohnungen stünden heute leer, so gab der Verband der Hausbesitzer seine neuerlichen Erkenntnisse preis, deshalb müsse der Wohnungsbau reduziert, insbesondere die staatliche Wohnbauförderung eingestellt werden, weil sich

Nun ist es ohnehin ein Skandal, der diesem Gesellschaftssystem eigen ist, daß der Wohnungsbau überhaupt unter einem solchen Gesichtspunkt wie der Rentabilität betrachtet werden darf und kann. Aber dieser Vorstoß des Verbandes der Haus- und Grundeigentümer zeigt, daß ihnen die bisherigen Maßnahmen sowohl der alten SPD/FDP-Regierung, die ja ab '76 bereits die Grundsteine zur Gegenreform auf dem Mietsektor legte, als auch die der Regierung Kohl, die ja großen Spielraum für weitere Mieterhöhungen und dunkle Subventionswirtschaft schuf, nicht ausreichen.

Sie wollen vor allem und ausschließlich eines: die höchstmögliche zu erzielenden Mieten.

Dabei muß man unterstreichen, daß es sich bei den Interessen der Verband vertritt, ja keineswegs um die handelt, die Selbstnutzer sind oder Einliegerwohnungen vermieten, nein, da geht es ausschließlich um die großen Vermieter. Die anderen haben, auch wenn sie Mitglied sein sollten, da gar nichts zu bestellen.

Der sogenannte Wohnungsüberschuß ist dabei für diese neue Kampagne zur Mieterhöhung das zentrale Argument. Obwohl das natürlich keiner so genau weiß, obwohl ihr vielgelobter Wohnungs-„Markt“ gespalten ist, sehr unterschiedliche Bedürfnisse bestehen. So bestreitet beispielsweise niemand ernsthaft, daß es vor allem für

sonst Hausbesitz nicht mehr rentiere. Als „soziale Abmilderung“ könne man dann ja das Wohngeld erhöhen, schlugen die feinen Verbandsoberen vor.

Wohngemeinschaften beispielsweise, oder auch für Rentner relativ wenig geeignete Wohnungen gibt.

So können sie die Fabelzahl von einer Million leerstehender Wohnungen ausgeben, ohne befürchten zu müssen, daß sofort die allgemeine Rückfrage kommt, weshalb sie denn dann nicht die Mieten senken — mit Sicherheit das beste Mittel, um leerstehende Wohnungen loszubekommen.

Aber dies würde ja ihren Zielen, mit den Wohnungen möglichst dicken Reibach zu machen, widersprechen. Deshalb lassen sie sich darauf gleich gar nicht ein, sondern fordern als „soziale Maßnahme“ eine Erhöhung des Wohngeldes. Was

natürlich nichts ist als ein Trick, der auf Gewohnheit aufbaut. Denn das Wohngeld beziehen ja in Wirklichkeit gar nicht die, die dazu berechtigt sind und für die es auch im Staatshaushalt angeblich ausgegeben wird, sondern dieses Geld wandert ja in die Taschen der Vermieter.

So betrachtet, ist das Wohngeld nichts anderes als eine Zahlung in die Kassen der Vermieter, die auf dem Wege über die Steuern von allen bezahlt wird. Und wenn man diesen Tatbestand berücksichtigt, dann handelt es sich bei der ganzen Stellungnahme des Hausbesitzerverbandes um nichts anderes als um den Schrei: „Wir wollen mehr Geld!“.

Zimmermann spielt falsch

Fortsetzung von Seite 1

ablehnen kann“, womit gemeint ist, jemandem das Messer auf die Brust zu setzen. Und damit hat diese Politik aus zwei Gründen erstaunliche Ähnlichkeit. Einmal, weil von vornherein gesagt wurde, wenn das nicht fruchtet, müssen halt andere Saiten aufgezogen werden und — auch von Teilen der CDU — ganz offen eine Ausweisungspolitik gefordert wurde.

Jetzt noch „was kriegen“ oder nachher so davongejagt zu werden, dieses „Angebot“ zeigte natürlich eine gewisse Wirkung. Zumal ja die gesetzlichen Grundlagen für eine solche Verjagung da sind und angesichts der Bonner Verhältnisse leicht auszubauen sind. Rechtlos sind die ausländischen Arbeiter von jeher in diesem kapitalistischen Staat. Zweitens gibt es da die keineswegs nur geduldeten, sondern auf vielen Wegen systematisch geschürte Ausländer-

feindlichkeit, die manchem Kollegen und seiner Familie das Hierbleiben gründlich verleitet.

So kamen dann Zahlen zustande, die das ganze Unternehmen nicht zu einem Fehlschlag für die Bonner Absichten werden ließen. Daß es eine solche Regierung wagt, den Verzicht Zehntausender Arbeiter auf langjährige Versicherungsansprüche als Erfolg hinzustellen, ist dabei nur ein weiterer Beweis dafür, wie reaktionär sie ist.

Der Tenor der Darstellung dieser Bilanz in der Öffentlichkeit macht aber deutlich, daß weitere Maßnahmen von Bonn aus zu erwarten sind. Die Zustimmung der Regierungsparteien zu verschiedenen betrieblichen Maßnahmen in diesem Zusammenhang ist dafür ein weiterer Hinweis. Und belegt erst recht die Notwendigkeit auch im Sinne der Einheit der Arbeiterschaft gegen solche Pläne verstärkt Widerstand zu leisten.



Die IGBE und Buschhaus

Auf Seite 1 wußte die „Einheit“, eine Zeitung, die die IG Bergbau & Energie zweimal im Monat ihren Mitgliedern zumutet, Seltenes zu vermelden: „In der Belegschaft kocht es gefährlich“. Nun hält die IGBE normalerweise wenig von kochenden Belegschaften, aber diesmal handelt es sich um die Belegschaft der Braunschweigischen Kohlekraftwerke und es ging gegen die Verzögerung der Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Buschhaus durch den nahezu einstimmigen (inzwischen Makulatur gewordenen) Bundestagsbeschluß. Immerhin: einig Hundert Arbeitsplätze seien in Gefahr.

Auf Seite 3, wo man sich oben noch um die Sicherung der Arbeitsplätze bei Buschhaus gegen die GRÜNEN sorgen muß, gibt es unten endlich Erfreuliches zu vermelden. In einem Artikel zum Geschäftsbericht der Ruhrkohle AG für das Jahr frohlockte die „Einheit“ in der Überschrift: „Anpassung lief erfolgreich an“. Im Artikel wird dann auch verraten, was da so erfolgreich anlief: „Im Verlauf des Jahres verringerte die RAG ihre Belegschaft planmäßig um 44000 (3,5 Prozent) Mitarbeiter“. Und planmäßig soll's weitergehen: „... wird im Jahre 1984 der Belegschaftsrückgang

eine ähnliche Größenordnung wie 1983 erreichen.“ In der folgenden Nummer der „Einheit“ durfte man sich übrigens über die ähnlich erfolgreich verlaufende Anpassung im Saarbergbau freuen.

Offenkundig geht es der Führung der IG Bergbau und Energie keineswegs um den Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung schlechthin. Es gibt auf der einen Seite die planmäßig betriebene Anpassung der Belegschaftszahlen an die finanzkapitalistischen Interessen der Energiekonzerne, wobei einer der wesentlichen Gesichtspunkte die Verdrängung der

Kohle durch die Kernenergie ist. Dagegen hat die IG Bergbau und Energie noch nie einen Kampf geführt. Im Gegenteil: Sie hat die Anti-AKW-Bewegung zu ihrem Hauptgegner erkoren. Sie hat die IGBE in eine Lobby der Energiekonzerne verwandelt — zu Lasten der Arbeitsplätze im Bergbau.

Auf der anderen Seite die Situation im Kraftwerk Buschhaus. Da wird ein Kraftwerk gebaut, dessen Schadstoffemissionen nicht nur um ein Vielfaches über dem technisch Machbaren liegen, sondern auch noch weit über dem gesetzlich Zulässigen. Der Kraftwerksbetreiber, der seinen Aktionären in den letzten Jahren in schöner Regelmäßigkeit 12 Prozent Dividende zahlte, will die 150 bis 250 Millionen DM für die Rauchgasentschwefelung sparen. Die IGBE-Führung aber sieht die Arbeitsplätze bei Buschhaus durch jene bedroht, die dieser skrupellosen Ver-

Siemens/Witten:

Solidarität gegen Ausschlußdrohung

Allen IG-Metall-Mitgliedern, die bei der Betriebsratswahl bei Siemens in Witten nicht auf der Liste der IG Metall, die vom langjährigen reaktionären Betriebsratsvorsitzenden Rein angeführt wurde, kandidiert haben, sondern auf anderen Listen, wurde von der Ortsverwaltung die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gegen sie mitgeteilt. Wie im Roten Morgen berichtet, wird die Mehrheit im neuen Betriebsrat von der Belegschaftsliste gestellt. Gegen die drohende Maßregelung der gewählten Betriebsräte sind bei Siemens Kolleginnen und Kollegen aktiv geworden. Folgendes Flugblatt wurde von ihnen verfaßt und verteilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Uns ist bekannt, daß alle Gewerkschaftsmitglieder, die auf anderen Listen als der IG-Metall-Liste für die Betriebsratswahl kandidiert haben, mit einem Verfahren zu rechnen haben. Durch die IG Metall droht ihnen ein Funktionsverbot schlimmstenfalls ein Ausschluß aus der Gewerkschaft.

Jetzt, wo die Tarifverträge abgeschlossen sind, scheint der IG Metall der Zeitpunkt für diese Verfahren günstig zu sein. Machbar war er zur Zeit der Tarifaufinandersetzungen nicht, weil gerade diese Kolleginnen und Kollegen am aktivsten die Forderungen der IG Metall unterstützten.

Da drängt sich die Frage auf, ob die Mitarbeit von Kollegen nur dann von der IG Metall gefragt ist, wenn es darum geht, die Forderungen durchzusetzen, um sie dann aber, wenn ein um-

strittener Kompromiß gefunden wurde, abzuschließen.

Diese Betriebsräte sind von uns mit über 50 Prozent der Stimmen gewählt worden. Wir lassen uns von der IG Metall nicht vorschreiben, wen wir zu wählen haben, zumal dann nicht, wenn diese Betriebsräte hinter den Forderungen der IG Metall stehen.

Wir wollen aber auch nicht, daß diese Gewerkschaft an bürokratischer Auslegung ihrer Statuten kaputtgeht.

Unsere Großväter und Väter haben in der Gewerkschaft für sozialen Fortschritt gekämpft. Wir wollen das Erbe, das wir angetreten haben, nicht zu einer schlechten Versicherungsgesellschaft verkommen lassen!

Wir wollen nicht unsere Glaubwürdigkeit und unsere Daseinsberechtigung als Gewerkschafter verlieren. Partner des Kapitals könnten wir nur dann sein, wenn wir gleichbe-

rechtigt wären. Wir alle kennen aber unsere Situation. Und danach wählen wir unseren Betriebsrat.

In der Vergangenheit gab es ständig verschiedene Listen, auf denen IG-Metaller kandidierten. Hier erfolgte, aus welchen Gründen auch immer, kein Verfahren. Aber jetzt sollen die von uns gewählten Betriebsräte, die aktive Gewerkschaftler sind, eventuell aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Wir bestreiten unserer Organisation der IG Metall das Recht, diese Kolleginnen und Kollegen zu maßregeln oder auszuschließen.

Demokratie und Freiheit fordern wir vor allem von unseren Gewerkschaften.

Wir müssen auch als Gewerkschafter Kompromisse hinnehmen, aber es widerspricht unserem demokratischen Verständnis, wenn gerade unsere gewählten Vertreter vom Vorstand der IG Metall gemäßregelt werden.

Wir haben keine karrieresüchtigen Taktiker in den Betriebsrat gewählt, sondern Leute, von denen wir erwarten, daß sie unsere Sache gut vertreten.

Aus all diesen Gründen fordern wir von der IG Metall die Einstellung aller anstehenden Verfahren gegen unsere Kollegen und Kolleginnen.

giftung der Umwelt aus Profitgier Einhalt gebieten wollen. Obwohl die Forderung nach Rauchgasentschwefelung aller Kohlekraftwerke Arbeitsplätze schafft und nicht vernichtet.

Es geht nicht darum, daß die Führung der IG Bergbau und Energie hier in den Fehler verfallen ist, die von der Kraftwerksgesellschaft angedrohte kurzfristige Gefährdung von Arbeitsplätzen wichtiger zu nehmen als langfristige Sicherung der Arbeitsplätze durch umweltfreundliche Kohlekraftwerke. Es geht darum, daß die Führung der IG Bergbau und Energie ganz grundsätzlich die Position einnimmt, die Interessen der Energiekonzerne um jeden Preis zu verteidigen. So wird der Arbeitsplatzabbau im Profitinteresse der Energiekon-

zerne von der IGBE-Führung voll mitgetragen. Und es gibt die Drohung der Energiekonzerne, Arbeitsplätze zu vernichten, wenn ihnen Umweltschutzaufgaben gemacht werden. In letztem Fall dürfen — ja müssen — die Belegschaften kochen, nicht um jenen das Handwerk zu legen, die Arbeitsplätze als Faustpfand nehmen, um den Staat zu erpressen, damit sie weiter profitbringend die Umwelt verpestern können, sondern um diese finanzkapitalistischen Interessen durchzusetzen.

Der Fall Buschhaus macht klar, daß die Führung der IGBE die Zusammenarbeit mit dem Kapital auf die Spitze getrieben hat, wie keine andere Gewerkschaft in diesem Land. Den Kumpels aber muß klar werden: Diese große Koalition der IGBE-Führung mit den Ener-

giemonopolen wird bis 1990 zu einer ungeheuren Vernichtung von Arbeitsplätzen im Steinkohlebergbau führen, weil die Energiemonopole den Kernkraftstrom auf dem Markt durchdrücken werden. Die KKW-Kapazitäten dazu sind schon aufgebaut oder werden in den nächsten Jahren fertiggestellt.

Die Umweltschutzbewegung ist in dieser Situation ein wichtiger Verbündeter der Kumpels für den Erhalt der Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau, denn das Zechensterben wird nur aufgehalten werden, wenn der Vormarsch der Kernenergie gestoppt wird. Die Sicherung des Energiebedarfs auf Kohlbasis aber wird nur möglich sein, wenn wir für Kohlekraftwerke kämpfen, die so umweltfreundlich wie möglich sind.

Kurz berichtet = = = kurz berichtet = = = kurz berichtet = = = kurz berichtet = = = kurz berichtet = = = kurz berichtet = = = kurz

Massenentlassungen bei Bahlsen-Keks

150 Kolleginnen und Kollegen will die Keksfabrik Bahlsen entlassen. Bereits 1983 wurden fast 1000 Beschäftigte auf die Straße gesetzt. 1987 soll die Produktion im Hannoveraner Stammwerk auslaufen.

Auch Hans Köbrich gewinnt

Mehrfach haben wir im „Roten Morgen“ über die fristlose Kündigung dreier linker Gewerkschafter bei BMW-Berlin berichtet. Die Kündigungen stehen im Zusammenhang mit der Anfechtung der Betriebsratswahl durch die drei Kollegen wegen offener Einmischung der Werksleitung. Im letzten „Roten Morgen“ meldeten wir, daß der Kollege Peter Vollmer seinen Kündigungsschutzprozeß gegen BMW gewonnen hat. Nun hat auch Hans Köbrich seinen Prozeß gewonnen.

Abschreckendes Beispiel

„Die Ford-Werke Köln Niehl und der Kampf um die 35-Stunden-Woche — ein abschreckendes Beispiel“ — unter diesem Titel haben Ford-Kollegen eine kleine Broschüre zusammengestellt, in der der Ablauf des Kampfes bei Ford und vor allem die Sabotage der Betriebsrats- und VK-Spitze um Kuckelhorn dokumentiert wird. Letzteres hat zu einer offenen Auseinandersetzung im IGM-Bezirk geführt, nachdem in Presseberichten gemeldet wurde, der IGM-Bezirkssekretär Hans Polzyn hätte von „Streikbruch“ und „gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ gesprochen.

Die Broschüre ist vor allem deshalb von Interesse, weil Ford Niehl ja nicht allein dasteht. In einer Reihe von Großbetrieben stellen sich die Betriebsratsspitzen mehr oder weniger offen gegen den Kampf für die 35-Stunden-Woche.

„Entstehungsbedingungen der öffentlichen Meinung“

Man hat es noch gut im Ohr, wie die Zeitungsverleger sich während des Streiks zu Verteidigern der Pressefreiheit gegen die angebliche Zensur durch Drucker und Setzer aufgeschwungen haben. Die „Rheinische Post“, deren Geschäftsleitung während des Streiks bis zu sechs Hundertschaften Polizei anrücken ließ, lieferte nun ein aufschlußreiches Beispiel dafür, was Verleger unter Meinungsfreiheit verstehen. In einem Interview mit der Zeitung hat der DGB-Vorsitzende Breit u.a. gesagt: „... dem DGB (sei es) nicht ausreichend gelungen, die 35-Stunden-Woche als eine sinnvolle und notwendige Forderung zu vermitteln. Nun könnte man sagen: In den letzten hundert Jahren ist es Gewerkschaften noch nie gelungen, die öffentliche Meinung für die Forderung nach einer Verkürzung der Regelarbeitszeit

zu gewinnen und müßte dann beginnen, über die Entstehungsbedingungen der öffentlichen Meinung nachzudenken.“ Die Leser der „Rheinischen Post“ aber mußten leider darauf verzichten, darüber nachzudenken, welche Rolle reaktionäre Blätter die die RP bei der Herstellung der sogenannten öffentlichen Meinung spielen. Die entsprechende Äußerung Breits wurde einfach nicht gedruckt. Selbstredend handelt es sich nicht um Zensur, sondern um eine aus Platzgründen notwendige Maßnahme. Resultat: Die Nachrichtenagenturen meldeten als Quintessenz des Breit-Interviews, Breit habe die Öffentlichkeit der Gewerkschaften kritisiert. So also entsteht die „öffentliche Meinung“ der Verleger.

Betriebsratswahlen Druck & Papier

In einer ersten Auswertung der bis Ende Juni vorliegenden Er-

gebnisse der Betriebsratswahlen kommt der Hauptvorstand der IG Druck und Papier zu dem Ergebnis, daß die bisherige unangefochten starke Stellung der IG Druck und Papier in den Betrieben sich trotz der Hetze der Unternehmer, der Regierung und der bürgerlichen Medien gerade gegen diese Gewerkschaft verteidigt, möglicherweise sogar leicht ausgebaut werden konnte. Spaltergewerkschaften wie die DAG, der Deutsche Journalistenverband (DJV) oder die christlichen Gewerkschaften konnten nur noch 2,3 Prozent (1981: 2,8 Prozent) der Sitze erringen. Von den von der Auswertung erfaßten 6874 gewählten Betriebsratsmitgliedern gehören dagegen 5434 (79,1 Prozent) der IG Druck und Papier an. Leicht erhöht hat sich gegenüber der letzten Wahl die Zahl der unorganisierten Betriebsratsmitglieder.

Auch die Wahlbeteiligung lag mit 79,9 Prozent etwas über dem Ergebnis von 1981.

Aus für MAN-Braunschweig?

Die Konzernleitung von MAN hat die Schließung des Braunschweiger Werkes beschlossen.

Davon wären 1165 Arbeiter und Angestellte betroffen, die zur Zeit in Braunschweig arbeiten — darunter auch 250 Lehrlinge. Als Begründung für den Stilllegungsbeschluß nannte der MAN-Vorstand Einsparungen in Höhe von 10 Millionen DM jährlich. Die Braunschweiger Teile-Produktion soll ins Werk Salzgitter verlagert werden. Im Werk Salzgitter sollen auch Arbeitsplätze für einen Teil der Braunschweiger Belegschaft angeboten werden. Für die Mehrheit der Braunschweiger Kolleginnen und Kollegen aber bedeutet die Augsburger Entscheidung drohende Arbeitslosigkeit.

Nach der Annahme des Leber-Schlichtungsvorschlages durch die große Tarifkommission schrieb Hans Mayr: „Wer den Ludwigsburger Kompromiß richtig bewerten will, der muß ihn als Resultat der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Beschäftigungskrise verstehen.“ (metall extra, 2.7.84) Eben das muß entschieden bestritten werden.

Der Streikkampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich war zum Zeitpunkt der Annahme des Leber-Vorschlages keineswegs an einem Punkt angelangt, an dem die Fortführung und Verstärkung des Kampfes seitens der IG Metall nicht mehr möglich war. Im Gegenteil: bis zu diesem Zeitpunkt war die Führung der IG Metall — leider erfolgreich — mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen eine Ausweitung des Kampfes aufgetreten.

Die große Zahl der Nein-Stimmen bei der Urabstimmung über den Abschluß, die Stellungnahmen von Vertrauensleutkörpern und Streikleitungen einer Reihe von Streikbetrieben für die Fortführung des Kampfes jedenfalls lassen Mayrs Behauptung, aufgrund des bestehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses sei mehr nicht drin gewesen, auch nicht gerade zutreffend erscheinen.

Völlig unehrlich wird die Darstellung Hans Mayrs insofern indirekt besagt, daß die Führung der IG Metall sich erst unter dem Eindruck des Kräfteverhältnisses, wie es sich im Arbeitskampf abgezeichnet hat, gezwungen sah, die Ludwigsburger Kröte zu schlucken. Erinnert sei daran, daß es vehement abgelehnt worden war, die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um fünf Stunden zu konkretisieren als Forderung nach Einführung des 7-Stunden-Tages bei Beibehaltung der 5-Tage-Woche.

Erinnert sei an die „Signale“, die Franz Steinkühler frühzeitig ins Unternehmerlager funkte. So äußerte Steinkühler lange vor Streikbeginn in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk am 18.3.84: „Ich denke, es wäre ein großes Mißverständnis, anzunehmen, daß die IG Metall damit auch zu erkennen gibt, sie würde auf Biegen und Brechen darauf bestehen; 35 Stunden auf einen Schlag, auf Knall und Fall und ab sofort. Wie könnte der Kompromiß aussehen? (...) Komponente muß sein die Verkürzung der Wochenarbeitszeit; Komponente muß sein der Lohnausgleich. (...) Das sind unsere Interessen. Jetzt weiß ich, daß die Arbeitgeber auch Interessen haben. Die Komponente kann sein, wenn die Arbeitgeber sie einbringen, wie diese dann verkürzte Arbeitszeit verteilt wird. (...) Generell würde ich mit der Formel antworten: Mir ist es lieber, der Pappi gehört Samstags der Firma als von Montag bis Freitag dem Herrn Stingl. Aber das ist nicht die Alternative. Ich glaub, das ist auch nicht die Formel, sondern wir haben generell unsere Bereitschaft erklärt, daß wir akzeptieren, daß die Arbeitgeber bei der Wochenarbeitszeitverkürzung ihre Interessen, und die Interessen der Arbeitgeber werden sein, menschliche Arbeitszeit von der Betriebsmittelzeit zu trennen, denn Betriebsmittelzeit kostet viel Geld. (...) Bedingung ist, daß wir uns einigen über die Arbeitszeitverkürzung. Dann garantiere ich auch, daß wir uns einig werden über die Form, wie diese verkürzte Arbeitszeit abgearbeitet wird.“ (zitiert nach: Revier 8/84, S. 14/15)

Steinkühler signalisiert hier früh im Vorfeld des Streiks be-

Zur innergewerkschaftlichen Diskussion nach den Tarifabschlüssen in der Metall-, Stahl-, und Druckindustrie

An der Basis lag es nicht

In der letzten Ausgabe des Roten Morgen haben wir uns mit der tarifpolitischen Kritik der Abschlüsse in der Metall-, Stahl-, und Druckindustrie sowie mit der Frage des gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisses nach diesen Tarifbewegungen beschäftigt. Im

folgenden setzen wir uns mit der Kampftaktik der IG Metall im Hinblick auf die nach unserer Ansicht jetzt notwendige Diskussion in den Gewerkschaften auseinander. In der nächsten Nummer wollen wir die Rolle der SPD in der Tarifbewegung beleuchten.



reits die Grundelemente der Leberschlichtung. Daraus ist ersichtlich, daß die Führung der IG Metall von Anfang keinen Durchsetzungskampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wollte, sondern nach Wegen suchte, die 35-Stunden-Forderung, die nach langen Jahren innergewerkschaftlicher Auseinandersetzung nicht mehr vom Tisch zu kriegen war, in Übereinstimmung mit den Kapitalinteressen zu bringen. Freilich zeigt die ablehnende Haltung der Metallkapitalisten auf diese IGM-Angebote auch, daß die tarifvertragliche Festsetzung der 40-Stunden-Woche zunächst vorrangiges Kampfziel von Gesamtmetall war, was Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich für bestimmte Beschäftigtengruppen im Zuge der Flexibilisierung nicht ausschloß.

Minimaler Aufwand — maximale Wirkung?

So wie die Führung der IG Metall lange vor dem Streikbeginn durch die den Kapitalinteressen entgegenkommende Auslegung der Forderung signalisierte, daß sie einen sozialpartnerschaftlichen Kompromiß anstrebte, zielte auch die Streiktaktik der IG Metall von Anfang an darauf ab, auf jeden Fall unter der Schwelle zu bleiben, an der das von Hans Mayr bemühte „gesellschaftliche Kräfteverhältnis“ tatsächlich die Probe aufs Exempel macht. Die Begründung der Minimax-Strategie war von Anfang an klassisch sozialpartnerschaftlich, indem sie den Streik als Klassenkampftaktik verneinte und ausschließlich als Methode begriff, den Unternehmern durch Produktionsausfall wirtschaftliche Verluste zuzufügen. In dieser sozialpartnerschaftlich beschränkten Betrachtungsweise der Wirkung von Streiks ist es letztendlich egal, ob der Produktionsausfall durch Streik, Aussperrung oder kalte Aussperrung herbeigeführt wird — die wirtschaftliche Auswirkung ist ja gleich.

Das Minimax-Konzept beruht ja gerade darauf, daß durch den Streik in Zuliefererbetrieben die Produktion in den großen Automobilwerken lahmgelegt wurde, daß also im Endeffekt die Zahl der ausgesperrten und kalt ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen um ein Vielfaches höher liegen sollte als

die Zahl der Streikenden. Das ist eingetroffen — schneller und in größerem Umfang als erwartet; denn die Kapitalisten reagierten auf diese Streiktaktik der IG Metall im allgemeinen keineswegs so, daß sie Produktionsausfälle um jeden Preis zu vermeiden suchten, sondern machten von den kalten Aussperrungen extensiven Gebrauch.

Während die Metallkapitalisten keinerlei Anstalten machten, vor den großen ökonomischen Auswirkungen der Minimax-Strategie in die Knie zu gehen, wurden die spalterischen und demobilisierenden Wirkungen dieser Streikführung auf die Metallarbeiterschaft sofort deutlich. Während der Streik, der von der IG Metall ausgetragene „Jahrhundertkampf“, auf Sparflamme lief, forderten in den ausgesperrten Betrieben die Kolleginnen und Kollegen ihr Recht auf Arbeit, wurde in kalt ausgesperrten Betrieben für die Aufrechterhaltung der Produktion gekämpft, Tarifurlaub genommen, durch Belegschaftsversammlungen ein bezahlter Tag herausgeschlagen oder vorgezogene Werksferien vereinbart. In den kalt ausgesperrten Betrieben ging die Aufspaltung der Belegschaften so weit, daß die Unternehmer entschieden, wer arbeiten und damit verdienen durfte und wer nicht.

Ohne Zweifel führten in vielen ausgesperrten und kalt ausgesperrten Betrieben die Belegschaften einen heftigen Kampf, um die Arbeitskämpftaktik der Kapitalisten zu durchkreuzen. Aber in gewisser Weise wurde gerade dadurch die Absurdität der von der IG Metall eingeschlagenen Streiktaktik enthüllt: da wurde einerseits die Minimax-Strategie ausdrücklich mit der ökonomischen Fernwirkung auf die Automobilindustrie begründet, andererseits aber werden die Belegschaften mobilisiert, um eben diese ökonomische Wirkung der Streiks möglichst gering zu halten. Wo sollte die „maximale Wirkung“ herkommen?

Hauptsache: alles unter Kontrolle

Nein, aus dem Bestreben heraus, die 35-Stunden-Woche möglichst weitgehend durchzusetzen, läßt sich die von der IGM-Führung eingeschlagene und gegen alle Forderungen nach Ausweitung und Verstärkung des Streiks unnachgiebig verteidigte Kampftaktik auch dann nicht erklären, wenn man in Rechnung stellt, daß die so-

zialpartnerschaftliche Vorstellung die Wirkungsweise von Streiks nur in den ökonomischen Auswirkungen sieht.

Erklärbar wird sie nur, wenn man versteht, daß der IGM-Vorstand in dieser Tarifbewegung zwei Ziele verfolgte. Zum einen ging es selbstverständlich darum, einen Abschluß zu erreichen, den man in den Betrieben und in der Organisation als zumindest bescheidenen Erfolg verkaufen konnte. Zum anderen ging es darum, die Sozialpartnerschaftskonzeption, also die Stellung der IG Metall (und mit ihr des DGB) zu behaupten. Die war von zwei Seiten bedroht. Zum einen durch die Kapitalisten, die nach der erfolgreichen Wende in Bonn nun eine entscheidende Schwächung der Kampffähigkeit der IG Metall und der IG Druck & Papier erreichen wollten, um für die nächsten Jahre gewerkschaftlichen Widerstand gegen weitere Angriffe auf die Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse unmöglich zu machen bzw. zumindest zu erschweren. Dazu brauchte der IGM-Vorstand genug Mobilisierung und Streik, um den Unternehmern zu demonstrieren, daß die Kampffähigkeit der IG Metall im wesentlichen ungebrochen ist und eine Politik der kompromißlosen Konfrontation ihr gegenüber derzeit ohne Gefährdung der Stabilität des politischen Systems nicht möglich ist.

Auf der anderen Seite war das Sozialpartnerschaftssystem dadurch bedroht, daß der wegen des Konfrontationskurses der Kapitalisten unausweichlich gewordene Streik außer Kontrolle geraten, zu einem wirklichen Massenstreik werden konnte, an dessen Ende man nicht mehr zur sozialpartnerschaftlichen Tagesordnung hätte zurückkehren können. Deshalb mußte der Streik so klein wie möglich, so kontrollierbar wie möglich, die Entfaltung einer Eigendynamik so ausgeschlossen wie möglich sein.

Dieses Bestreben, unmißverständlich die Kontrolle der Frankfurter Zentrale über den Streik zu etablieren, jeden Funken, der zum Flächenbrand werden könnte, auszutreten, wurde besonders deutlich in der Reaktion des Frankfurter Vorstandes auf den eigenmächtigen Streikeintritt der Belegschaft von Daimler/Sindelfingen. Es war ja nicht nur so, daß der Vorstand nach der Sindelfinger Überraschungsschlacht ähnliche Bestrebungen in anderen Großbetrieben sofort niederbügeln ließ, Frankfurt bestand ja

auch im Sindelfinger Fall auf seiner Entscheidungskompetenz und verlegte den offiziellen Streikbeginn auf drei Tage nach dem eigentlichen Eintritt der Sindelfinger Kolleginnen und Kollegen in den Streik. Was wie ein absurder Schilbürgerstreich anmutet, hat seine Logik für Arbeiterbürokraten, für die die eigenständige Aktivität der Basis ebenso bedrohlich ist wie die Kampfmaßnahmen des Gegners. In diesem Verständnis von Gewerkschaft und Streik bedeutet Disziplin, daß die Belegschaften sich zur willenslosen Manövriermasse der zentralen Führung degradieren lassen.

Um diese Art von Disziplin aufrechtzuerhalten, wurde das Gespenst des finanziellen Ausblutens der IG Metall mobilisiert. Nur über diese Krücke war es möglich, jene, die die Verstärkung des Kampfes gegen die Kapitalisten forderten, als Leute zu diffamieren, die der Unternehmerstrategie in die Hände arbeiteten. Sicher: auch wenn sie noch nicht sehr aktuell war, ist die Gefahr, daß bei einem sehr lang dauernden Arbeitskampf oder bei aufeinanderfolgenden Streiks die geltende Streikgeldregelung nicht durchzuhalten ist, grundsätzlich natürlich real. Genauer gesagt ist es sogar so, daß die Koppelung der Streikfähigkeit der IG Metall (um bei einer besonders verhängnisvollen Gewerkschaft zu bleiben) mit der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Streikgeldregelung es für die Unternehmer erchenbar macht, wann diese über den Kassenstand definierte Streikfähigkeit erschöpft ist.

Eben darin liegt die Perfidie des Arguments: in der Pose dessen, der die Mitglieder vor allzu großen Opfern schützen will, wurde in Wirklichkeit mit dem Hinweis auf die mögliche Erschöpfung der Streikkasse die prinzipielle Überlegenheit des Gegners und damit die Unmöglichkeit des Sieges begründet, die mit der Erschöpfung der Kampfbereitschaft der Streikenden nicht zu begründen war. Nur: an Mut, den Mitgliedern ein Höchstmaß an Opferbereitschaft abzuverlangen, hat es dem IGM-Vorstand eigentlich nicht gemangelt. In dieser Beziehung war es schon mutig, den kalt ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen so kategorisch zu erklären, sie hätten auf keinen Fall Unterstützungszahlungen seitens der IG Metall zu erwarten. Und die hohe Opferbereitschaft, die den Kolleginnen und Kollegen hier abverlangt wurde, war im Großen und Ganzen vorhanden.

Schlußfolgerungen für den Kampf der Opposition

Wenn jetzt landauf landab auf unzähligen Versammlungen der Abschluß als Erfolg verkauft werden soll, geht es nicht nur darum, diese Beschönigungen zurückzuweisen. Gewiß wurde das unternehmerische 40-Stunden-Tabu gebrochen, aber alle mit der Aufnahme dieses Kampfes verbundenen sonstigen gewerkschaftlichen Zielsetzungen wurden weitestgehend verfehlt. Es geht auch darum, der in Frankfurt nach bewährtem Strickmuster gebastelten Dolchstoßlegende entgegenzutreten, man sei wegen mangelnder Mobilisierung und Kampfbereitschaft der Basis gezwungen gewesen, den Leberknödel zu schlucken.

Es geht nicht darum, Mobilisierungsschwierigkeiten vor allem in der Anfangsphase zu beschönigen. Es geht nicht darum zu leugnen, daß die demobilisierende Kampfführung, verstärkt durch die Sabotagetätigkeit bestimmter Betriebsratsführer in einigen Betrieben Wirkung zeigte. Aber an der Basis lag es nicht. Die Kampfbereitschaft war da und die Verstärkung und Ausweitung des Kampfes wäre möglich gewesen.

Zu einem echten Durchsetzungskampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich kam es nicht, weil die Führung ihn einerseits nie gewollt hat, es andererseits aber den klassenkämpferischen Kräften nicht gelungen ist, aus den Betrieben heraus genug Druck zu entfalten, um eine Fortsetzung und Ausweitung des Kampfes zu erzwingen.

Die Hoffnung vieler fortschrittlicher Gewerkschafter, die Sozialpartnerschaftsstrategien würden diesmal Ernst machen, nachdem in den vergangenen Jahren der Verzicht auf Kampfmaßnahmen gegen den Reallohnabbau stets mit der notwendigen Konzentration der Kräfte auf diesen Kampf begründet worden war, haben sich nicht erfüllt. Die Hoffnung vieler Gewerkschafter, mit dem Einzug Franz Steinkühlers in die Frankfurter Vorstandsetage würde zumindest ein kämpferisches Lüftchen durch den sozialpartnerschaftlichen Mief wehen, haben sich nicht erfüllt. Die von vielen aktiven Gewerkschaftern gehegte Erwartung, den sozialdemokratischen Führern würde zumindest unter dem verstärkten Druck der vereinigten Front von Kapital und politischer Reaktion die Notwendigkeit des konsequenten Kampfes deutlich werden, haben sich nicht erfüllt.

Aber Hunderttausende Gewerkschafter haben in dieser Tarifbewegung demonstriert, daß sie die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen Kapital und Reaktion erkannt haben. Die Belegschaften in den bestreikten und ausgesperrten Betrieben haben dem Druck des organisierten Kapitals und seiner Regierung standgehalten. Die Bedingungen für den Kampf der klassenkämpferischen Opposition in den Gewerkschaften haben sich durch diese Auseinandersetzung verbessert. Die Bestrebungen, einen klassenkämpferischen Kurs in den Gewerkschaften durchzusetzen, werden aber nur dann erfolgreich sein können, wenn die klassenkämpferischen Gewerkschafter ihre Zusammenarbeit stärken und organisieren und die notwendige scharfe Auseinandersetzung mit denen, die die Verantwortung für diesen Ausgang der Tarifbewegung tragen, nicht scheuen.

Am 4./5. August in Hannover:

„Es war wie im Bürgerkrieg“

Korrespondenz

Am Samstag und in der Nacht zum Sonntag — 4./5. August — erlebte Hannover eine der größten und härtesten Polizeiaktionen seit Jahren gegen eine antifaschistische Kundgebung und Demonstration. Die Bilanz des Polizeiterrors: mindestens 100 z.T. schwer verletzte Antifaschisten, über 300 Festnahmen und ein weitgehend zerstörtes unabhängiges Jugendzentrum — das UJZ Glocksee.

Die Vorgeschichte

Wir haben schon im letzten Roten Morgen berichtet, daß antifaschistische Punks für den 4. August zu einem bundesweiten Treffen nach Hannover — Chaostag genannt — eingeladen hatten. Dagegen machten die Faschisten mobil. Rechtsradikale Skinheads, von Neonazis unterwanderte Fußball-Fanclubs wie die Dortmunder Borussiafront und Mitglieder von Michael Kühnens verbotener ANS und ihrer Nachfolgeorganisation FAP, deutsche und ausländische rechtsradikale Schlägerbanden wollten am 4. August Hannovers Innenstadt erobern.

lich keine Sympathien für Linke oder Punks hat, berichtet: „Die Stimmung war locker und friedlich. Die Passanten blieben unbehelligt.“

Dann aber startete die Polizei ihre ersten Provokationen. Der Opernplatz wurde umstellt. Zivile Greiftrupps und uniformierte Polizisten durchkämmten das Gelände und griffen sich immer wieder einzelne Punks heraus. Sie legten es geradezu auf gewaltsame Auseinandersetzungen an.

Dann tauchte der erste kleinere Trupp von Neonazis auf. Von der Polizei geschützt rotten sie sich zusammen, hoben die Arme zum Hitler-Gruß und

suchten, die Nazis zu vertreiben. Die Polizei griff zum Knüttel, stürmte den Opernplatz, prügelte auf die Antifaschisten ein, die sich mit Flaschen und Steinen zur Wehr setzten. Es gab die ersten Verletzten. Mehrere solcher Polizeiaktionen folgten.

Es war abzusehen, daß die Polizei nurmehr darauf wartete, beim nächsten besten Anlaß die Kundgebung endgültig niederzuknüppeln und auseinanderjagen zu können. Deshalb beschloß das Aktionsbündnis, den Opernplatz zu verlassen und in einer Demonstration zum Jugendzentrum Glocksee zu ziehen. Die Route wurde mit der Polizei abgesprochen und von dieser genehmigt.

Straßenschlacht am Aegi

Die Demonstration hatte sich jedoch kaum in Bewegung gesetzt, da wurde sie schon von Polizeiketten gestoppt: Am Aegi hatten sich Skins versammelt. Man wollte keine Konfrontation, nein, man könne die Sins weder festnehmen noch abdrängen. Langsam ging es dann aber doch weiter zum Aegi. Dort waren etwa 400 schwerbewaffnete Polizisten zum Schutz einer Gruppe von 50 Neonazis aufmarschiert, die den Demonstranten entgegenbrüllten: „Sieg Heil! Wir schlitzten euch die Bäuche auf!“

Als die Antifaschisten diesem faschistischen Spuk ein Ende bereiten wollten, griff die Polizei die Demonstration an. Wiederum setzten sich die Antifaschisten mit Steinen und Flaschen zur Wehr. Es kam zu einer Straßenschlacht, die von der Polizei mit unerhörter Härte und Brutalität geführt wurde. Die Demonstration wurde z.T. gesprengt, Demonstrationsteilnehmer über den Platz gejagt, niedergeknüppelt und regelrecht fertiggemacht. Ein Augenzeuge: „Ich habe gesehen, wie eine Gruppe von acht Polizisten auf einen fliehenden Punk mit ihren Knütteln einschlugen und ihn so schwer am Kopf trafen, daß er zu Boden fiel. Die Polizisten drohten trotzdem immer noch weiter auf den wehrlos am Boden liegenden ein, auf den Kopf, in die Seiten, auf die Beine. Sie traten ihn mit ihren schweren Stiefeln regelrecht zusammen. Es war furchtbar.“ Das war beileibe kein Einzelfall. Eine noch unbekannte

Zahl von Demonstranten wurde von der Polizei schwer am Kopf verletzt. Es gab Milzrisse, Rippenbrüche und andere Verletzungen.

Nach einiger Zeit gelang es dann aber doch, die Demonstration wieder zu sammeln und zum Jugendzentrum Glocksee weiterzugehen.

Die Glocksee wird „erobert“

An der Glocksee wurde die Demonstration aufgelöst. Punks und einige andere Demonstra-

nächst noch weiträumig und locker zu umstellen. Da ein Sturmangriff der Polizei auf das Jugendzentrum zu befürchten war, begann ein Teil der Punks sich in der Glocksee zu verbarrikadieren. Kurz nach 22.00 Uhr war es dann soweit. Weil angeblich Steine und Molotowcocktails aus dem Gebäude auf die Polizisten geworfen worden waren, und weil die Zufahrt zur Glocksee mit Autos verbarrikadiert wurde, griff die Polizei an. Eine Augenzeugin: „Ich bin etwa gegen 22.00 Uhr von hinten in das Jugendzentrum gegangen. Der Vordereingang war zu diesem Zeitpunkt schon von der Polizei abgesperrt und nicht mehr passierbar. Das Haus war von Polizeischeinwerfern taghell angestrahlt. Zwei Wasserwerfer waren aufge-

ben auf das Gelände. Der Tränengaseinsatz war so massiv, daß noch in einer Entfernung von einem Kilometer Passanten die Augen tränten. Pressefotografen, die Bilder von dem Polizeieinsatz machen wollten, wurden daran mit Gewalt gehindert. Das Gelände war weiträumig abgesperrt. Ein Polizist, auf dieses Vorgehen hin angesprochen, erklärte: „Wir wollen hier die Leute internieren, wir brauchen dazu kein Stadion.“

Es war offensichtlich, daß die Polizei die Absicht hatte, die sich im Jugendzentrum aufhaltenden Jugendlichen auszuraubern und die Glocksee — eines der beiden letzten unabhängigen Jugendzentren, die es in Hannover überhaupt noch gibt — in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Gegen Mitternacht ge-



Es begann ganz friedlich und locker...

In Flugblättern, die im ganzen Bundesgebiet kursierten, drohten sie: „Wir werden die Punk-Schweine in Hannover weder tolerieren noch ignorieren. Wir werden sie zerschlagen und verjagen. Wir wollen dem Reich zeigen, was United Skins bedeutet. Denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt.“

Klar, daß das nicht unbeantwortet bleiben konnte. Ein antifaschistisches Aktionsbündnis verschiedener Organisationen und unter Beteiligung von Punks wurde gebildet, für Samstag zu einer Kundgebung auf dem Opernplatz aufgerufen. „Wir“, so erklärten die Antifaschisten, „wollen nicht zulassen, daß Hannovers Innenstadt zum Aufmarschort faschistischer Banden wird. Wir können auch nicht so tun, als ob das nur ein Problem der Punks wäre. Es geht an diesem Tag darum, gemeinsam gegen die Rechtsradikalen vorzugehen.“

Samstag mittag, Opernplatz

Gegen 12.00 Uhr mittags hatten sich auf dem Opernplatz etwa 1000 Kundgebungsteilnehmer, überwiegend Punks, versammelt. Reden und Musik aus dem Lautsprecherwagen wechselten sich ab, immer wieder hörte man die Parole „Nazis raus!“ Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“, die nun wirk-

schrien „Sieg Heil“. Trotz mehrfacher Aufforderung durch Demonstrationsteilnehmer griff die Polizei nicht ein. Lapidarer Kommentar eines ihrer Sprecher: „Festnahmen können laut Gesetz bei einfachen Rechtsgerichteten nicht erfolgen.“ Verständlich, daß die Demonstranten jetzt selbst ver-



Mit einem unerhört massiven und brutalen Einsatz ging die Polizei gegen die Punks vor



„Sieg Heil“ schrien Skins und Neonazis, geschützt durch die Polizei

tionsteilnehmer lagerten sich auf den Wiesen um das Zentrum, wo bereits die Vorbereitungen für ein Konzert, das dort am Abend stattfinden sollte, angelaufen waren. Auch hier war die Stimmung zunächst locker und friedlich. Gegen Abend wurden Lagerfeuer entzündet. Im Jugendzentrum begann das Konzert. Einziger Störfaktor: die Polizei.

Schon am frühen Nachmittag begann sie wie auf dem Opernplatz mit vereinzelt Provokationen und Überfällen auf die auf den Wiesen lagernden Punks. Wieder waren es Greiftrupps, die durch ihre Aktionen Anlässe für einen massiven Polizeieinsatz schaffen wollten. Ein Augenzeuge: „Ein Trupp Polizisten stürzte sich auf überfallartig auf eine Gruppe von Punks, die auf der Wiese lagen, griffen sich einen der Punks, zerrten ihn an den Füßen davon, wobei sein Kopf über den Boden geschleift wurde. Verständlich, daß bei solchen Überfällen auch Flaschen gegen die Bullen flogen.“

Gleichzeitig begann die Polizei, das Jugendzentrum zu-

fahren. Auf den Innenhof des Jugendzentrums wurden immer wieder Tränengasbomben geschmissen. Es kam unter uns zu regelrechten panikartigen Situationen. Ich habe so etwas noch nie erlebt. Es war wie im Bürgerkrieg.“

Es war tatsächlich ein gespenstisches Bild. Immer wieder setzten sich die Wasserwerfer gegen das Jugendzentrum in Bewegung. Auf das Dach, gegen die Fenster der Vorderfront, gegen die Türen, auf die Mauern und in die Zufahrt. Immer wieder flogen auch Tränengasbom-

lang es dann der Polizei, in den Innenhof einzudringen. Sie begannen, das Gebäude zu stürmen und die Punks herauszuknüppeln. Z.T. wurden die Punks in die hinter dem Jugendzentrum vorbeifließende Ihme getrieben. Sie versuchten, über die Ihme zu schwimmen, und wurden auf der gegenüberliegenden Seite allerdings von faschistischen Skins in Empfang genommen und verprügelt.

Gegen drei Uhr morgens war die Polizeiaktion beendet. Die Glocksee war geräumt und weitgehend verwüstet...

Treffen der Anti-NATO-Initiative in Münster

Am 5.8. fand in Münster ein weiteres Treffen der Anti-NATO-Initiative statt. Wichtiger Punkt: das Eingreifen der Initiative in den Friedensherbst. Nachdem auf dem letzten Treffen der Initiative in Köln unstrittig war, daß sich die Initiative an den Aktionen gegen die NATO-Manöver in Hildesheim und Fulda beteiligen und dort Info-Material verbreiten würde, nahmen die meisten Gruppen, die bislang die Mehrheit in der Initiative stellten (KB, Antimilitaristische Aktion Münster, Friedensreferat Asta Uni Köln, Anti-NATO-Gruppe Hamburg u.a.), nun wieder mehr oder weniger Abstand von Fulda. Begründung: in Fulda seien Aktionen an der DDR-Grenze nicht ausgeschlossen. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß ein Vorschlag der Vereinigten Münchener Friedensinitiativen in Fulda vor allem „blockübergreifende“ Aktionen durchzuführen zur Unterstützung der Friedensbewegung in der DDR seit Monaten vom Tisch ist und der Schwerpunkt in Fulda eindeutig und einseitig gegen die NATO-Manöver gesetzt ist.

Die Initiative verständigte sich darauf, in Hildesheim und in Fulda am Vorabend der Großaktionen möglichst zusammen mit örtlichen Initiativen Anti-NATO-Veranstaltungen durchzuführen. Die KPD Hessen gab bekannt, daß

sie am Freitag vor dem Menschenentzug im Fulda-Gap eine Veranstaltung in Hanau unter der Losung „BRD — raus aus der NATO“ unter Beteiligung der Initiative durchführen will.

Hauptpunkt des Treffens war eine „Massenzeitung“ für den Friedensherbst. Hierzu lag ein detaillierter Vorschlag unserer Partei vor, der aber nach langem Hin und Her nicht die Zustimmung einer Reihe von Gruppen fand. Stattdessen wurde eine Redaktionsgruppe bestimmt, die bis zum 18.8. einen neuen Vorschlag für eine Massenzeitung erarbeiten soll (Schwerpunkte: Die NATO bringt uns dem Krieg näher / Die NATO ein Verteidigungsbündnis? Reformierbar? / Die Rolle der BRD in der NATO). Die Massenzeitung soll gedruckt am 15.9. vorliegen.

Die nächsten Termine:

18.8.: offene Redaktionskonferenz für die Zeitung in Münster

8./9.9.: offene Schlußredaktion für die Zeitung in Bonn

6.10.: nächstes Plenum der Anti-NATO-Initiative in Münster

und für die Hamburger:

25.8. Veranstaltung in Hamburg unter dem Thema: „BRD raus aus der NATO?“, veranstaltet von der Hamburger Friedenskoordination. Einer der Diskutanten Redakteur Bruhns vom „Spiegel“.

Herbstaktionen der Friedensbewegung

Die Vorbereitungen der Friedensbewegung für den Herbst sind in vollem Gange. Für alle, die nach dem Urlaub jetzt wieder voll einsteigen wollen, bringen wir in dieser Nummer des Roten Morgen einen Überblick über die wichtigsten Aktionen, die anstehen. Näheres dann in den kommenden Ausgaben des

Roten Morgen.
Der Koordinierungsausschuß ruft zu drei Großaktionen auf: zum Menschennetz am 29.9. im Raum Fulda, zu Menschenketten im Norden, Süden und Westen am 20.10. und zu einem Mittelamerika/Nicaragua-Aktionstag am 3.11. mit einer bundesweiten Demonstration in Bonn (Auf-

ruf dazu auf dieser Seite). Außerdem gibt es im September noch eine weitere Aktion gegen die NATO-Manöver im Raum Hildesheim/Hannover mit einer Abschlußveranstaltung am 22.9., also eine Woche vor dem Menschennetz im Fulda Gap. Angekündigt waren auch gewerkschaftliche Aktionen und Ver-

anstaltungen. Was hier genau geplant ist, konnten wir bis Redaktionsschluß leider nicht in Erfahrung bringen, da die Aktivitäten offenbar vor allem örtlich organisiert werden sollen. Wenn ihr da etwas wißt, informiert uns bitte.

plant, bis nach Düsseldorf.) Duisburg war an sich auch als Ort für die Abschlußveranstaltung vorgesehen gewesen. Bei der letzten Regionalkonferenz West wurde aber beschlossen, die Abschlußkundgebung nach Bonn zu verlegen. Schade, zumal zwei Wochen später ja bereits wieder eine Aktion der Friedensbewegung in Bonn stattfindet.

Für den Süden beschloß die Regionalkonferenz, daß am 20.10. in Stuttgart die dort versammelten Friedensfreunde ein großes

Peacezeichen bilden sollen. Teilnehmen soll dabei auch eine Friedensstaffette, die Ende September in Fulda startet, verschiedene Stationierungsorte für Pershing II durchqueren und dann am 20.10. in Stuttgart ankommen soll.

Im Norden sollen sich am 20.10. die Aktivitäten auf Hamburg konzentrieren. Vielfältige Aktionen sind geplant. Zu einer gemeinsamen Volksversammlung sollen sich dann bis zu 200 kleinere Demonstrationen vereinigen.

22. September

Aktion gegen Herbstmanöver im Raum Hildesheim/Hannover

Im Raum Hildesheim/Hannover wird in diesem Herbst neben dem Fulda Gap das zweite Großmanöver der NATO stattfinden. Mehr als eine viertel Million Soldaten nehmen teil. Dagegen finden vom 19.9. bis zum 22.9. Aktionstage statt. Sie haben das Ziel, „die Manöver ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, sowie deren Absichten aufzudecken und die Manöver praktisch, politisch wirksam zu behindern oder zu stören und unseren Protest öffentlich zu machen“. (Aus einem Papier der Aktionskonferenz vom

1.7.84). Am 22.9. soll eine gemeinsame Abschlußveranstaltung durchgeführt werden — wahrscheinlich in Hildesheim, wo sich das Manöverhauptquartier befindet.

29. September

Menschennetz im Fulda Gap

Der Protest gegen das NATO-Manöver im Raum Fulda ist bereits Anfang des Jahres als gemeinsame Aktion der Friedensbewegung beschlossen worden. Zwischendurch gab es immer wieder erbitterte Debatten in der Friedensbewegung um die Frage „direkte Manöverbehinderung oder Massenaktion“. Inzwischen ist klar, daß es beides geben wird und daß der Koordinierungsausschuß der Friedens-

bewegung auch zentral für die Massenaktion, ein Menschennetz am 29.9. mobilisieren will.

Die gesamte Aktion gegen das Manöver läuft vom 21. bis 29.9. In dieser Zeit wird es fünf Camps in diesem Gebiet geben, die nicht nur informieren und politisch diskutieren, sondern auch Aktionen zur Behinderung des Manövers durchführen wollen.

Am 29.9. soll dann — nach zahlreichen kleineren Auftaktveranstaltungen — ein Menschennetz im Raum Fulda gebildet werden, das von den Planern auf über 100.000 Teilnehmern angelegt ist. Aussehen soll das Menschennetz so, daß von fünf Orten im Umkreis von Fulda Menschenketten in Richtung Fulda gebildet werden.

Im Anschluß an diese Menschenkette findet dann in Fulda selbst eine Abschlußkundgebung statt.

Kontaktadresse für die Aktionen im Fulda Gap: AG Aktionsherbst Fulda Gap, Langebrückenstr. 48, 6400 Fulda, (0661) 745 19

20. Oktober

Menschenkette — Peace-Menschenkette — Peace-Zeichen — Volksversammlung

Die Menschenkette im Westen soll von Hasselbach/Wüschheim, Stationierungsort für Cruise Missiles zum Arbeitsamt nach Duisburg führen. (Also nicht mehr, wie ursprünglich ge-

Buch-Tip

LITERATHEK

Fulda-Gap — eine Reportage über die Militarisierung in Deutschland

Die Geschichte beginnt im Februar 1983 — mit einer Busrundfahrt entlang den Militäranlagen im Fulda Gap. Paul Kohl, ein Berliner Journalist, ist entsetzt. Es bleibt nicht bei dieser einen Rundfahrt. Paul Kohl will wissen, was die Menschen, die in diesem Gebiet leben, denken und empfinden angesichts des Schicksals,

edition-herodot

das andere ihnen zugeordnet haben. Fulda Gap — the first battle of the next war ... Mit diesem makabren Spiel in der Hand geht Paul Kohl noch einmal ins Fulda Gap ...

Ein interessantes und spannendes Buch für alle, die mehr wissen wollen. Erschienen in der Edition Herodot, Preis 15 DM.

Für Frieden und Gerechtigkeit in Mittelamerika Gegen Intervention, Hunger, Folter und Mord

Aufruf zur Großdemonstration am 3. November 1984 in Bonn

Im Herbst 1984 wird sich die Situation in Mittelamerika dramatisch zuspitzen: Mitten im unerklärten Krieg finden am 4. November in Nicaragua Wahlen statt, die Bestandteil des seit 1979 eingeleiteten demokratischen und revolutionären Prozesses sind. Gleichzeitig führen diese Wahlen — gerade zu diesem Zeitpunkt — die Argumente der US-Regierung für ihre fortgesetzte Intervention ad absurdum. Deshalb werden die USA mit allen Mitteln versuchen, dies zu verhindern. Wir befürchten darüberhinaus, daß nach den Präsidentschaftswahlen in den USA die relative Zurückhaltung während des US-Wahlkampfes dann aufgegeben wird und die direkte militärische Intervention in Mittelamerika droht. In dieser Situation rufen wir alle Menschen in der Bundesrepublik auf, mit einer Großaktion am 03.11. in Bonn ihren Protest und Widerstand gegen die US-amerikanische Kriegspolitik und ihre Solidarität mit den Völkern Mittelamerikas zu demonstrieren.

Wir demonstrieren für Frieden in Mittelamerika

Frieden ist für uns überall auf der Welt mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden erfordert soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, politische Freiheit, die Achtung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völ-

ker. In Nicaragua wurden in den vergangenen 5 Jahren trotz vieler Schwierigkeiten und Einschränkungen wichtige Ansätze in dieser Richtung gemacht:

- ✱ Der Aufbau eines neuen Gesundheitswesens für die breite Bevölkerung
- ✱ Die Durchführung der Agrarreform mit der Landverteilung an die Campesinos und der Bildung von Kooperativen
- ✱ Die Alphabetisierungskampagne und die folgenden Programme in der Erwachsenenbildung
- ✱ Die direkte Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, einschließlich der Abhaltung der Wahlen

Ein solcher Friede ist durch die zunehmende Bereitschaft der USA und anderer NATO-Länder, auch durch militärische Mittel ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen, gefährdet! Dies wird deutlich mit der Anhäufung von immer mehr Vernichtungswaffen bei uns und der Entwicklung neuer Kriegsführungsstrategien (Airland Battle) sowie Aggressionen gegen Völker der Dritten Welt wie im Südlichen Afrika, im Nahen Osten und ganz besonders in Mittelamerika:

- ✱ Die Contras können ihren Krieg gegen das nicaraguanische Volk nur mit finanzieller und logistischer Unterstützung der USA führen
- ✱ Die Verminung nicaraguanischer Häfen durch den CIA ist der bisherige Höhepunkt der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Intervention in Nicaragua
- ✱ Die USA haben Honduras zu einem amerikanischen Militärstützpunkt ausgebaut und bedrohen die Region mit ständig von dort ausgehenden Manövern
- ✱ Im Oktober letzten Jahres bereiteten die US-Marines dem eigenständigen Entwicklungsprozeß auf Grenada ein Ende
- ✱ In El Salvador wird von nordamerikanischen Flugzeugen aus die Zivilbevölkerung bombardiert.
- ✱ Die US-Unterstützung für die brutalen Regimes in Guatemala und El Salvador hält unvermindert an.

Unter dem Vorwand des Ost-West-Konfliktes führen die USA auf allen Ebenen einen getarnten, aber doch kaum noch verdeckten Krieg gegen die Völker Mittelamerikas. Dieser Krieg wird mit Hilfe der CIA, der US-Botschaften, bezahlter Söldner und hunderter US-Offiziere organisiert. Die US-Regierung orientiert, wie im Kissingerplan vorgesehen, unverhohlen auf eine militärische Lösung der Konflikte, anstatt bestehende Vorschläge der Befreiungsbewegungen zu politischen Lösungen zu verfolgen. Selbst die Vermittlungsbemühungen der Contadora-Gruppe werden von den USA torpediert.

Die Bundesregierung hält diese Politik der USA für legitim und notwendig und unterstützt sie daher als NATO-Partner Nr. 1 politisch-diplomatisch und wirtschaftlich.

Bestes Beispiel dafür ist, daß sie die seit langem zugesagte Entwicklungshilfe für Nicaragua in Höhe von 40 Millionen nicht auszahlt, jedoch die Neuaufnahme bundesdeutscher Entwicklungshilfe an El Salvador in Höhe von 50 Millionen im Juli 1984 beschlossen wurde. Zusätzlich entsandte die BRD einen neuen Botschafter nach El Salvador. Eine solche Politik sichert nicht den Frieden, sondern trägt zur Verschärfung des Krieges bei. Als Gruppen der Friedens- und Solidaritätsbewegung können wir eine internationale Ordnung, in der Frieden nur Friedhofsruhe und Freiheit nur die Handlungsfreiheit der Reichen ist, nicht akzeptieren.

Deshalb kann Frieden in Mittelamerika für uns nur heißen: Wahrung der Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, soziale Gerechtigkeit, Agrarreform, Alphabetisierung, Umstrukturierung der Wirtschaft, Entmachtung der herrschenden Diktaturen und direkte Beteiligung der Bevölkerung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Für diesen Prozeß steht die sandinistische Revolution in Nicaragua, die Befreiungsbewegungen FMLN-FDR in El Salvador und URNG in Guatemala.

Konkrete Solidarität ist möglich und notwendig

In Mittelamerika helfen zum Beispiel über 12.000 Anhänger der US-Friedensbewegung durch ihre persönliche Anwesenheit, hunderte Solidaritätskomitees in der BRD organisieren finanzielle Unterstützung und klären über die Lage in Mittelamerika und die Politik hier auf; über Partnerschaften, z.B. zwischen deutschen und nicaraguanischen Städten, Betrieben und Gewerkschaften kann weitere finanzielle und ideelle Unterstützung geleistet werden.

Mit unserer Großaktion am 3. November fordern wir:

- ✱ Den Abzug aller US-Militärs aus Mittelamerika
- ✱ Die Einstellung jeglicher Aggression gegen Nicaragua
- ✱ Die Einstellung der kriegerischen Aktionen gegen die Bevölkerung El Salvadors und Guatemalas
- ✱ Die Einstellung jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe für die augenblicklichen Regierungen von El Salvador, Guatemala und Honduras
- ✱ Die Auszahlung der zugesagten Entwicklungshilfe an die Regierung von Nicaragua durch die Bundesregierung.

NO PASARAN!
Sie werden nicht durchkommen!



Entwurf eines Gesetzes zum Verbot der Aussperrung

Dokumentation

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§1 Die Aussperrung ist rechtswidrig und wird in jeder Form verboten. Dies gilt auch für die kalte Aussperrung und für Tatbestände, die in ihrer Wirkung der Aussperrung gleichkommen wie z. B. Massenänderungskündigungen.

§2 Verstöße gegen § 1 lassen die Lohnfortzahlungspflicht nach § 611 BGB und die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates nach dem Betriebsverfassungsgesetz sowie des Personalrates nach den Personalvertretungsgesetzen fortbestehen. Weitergehende Rechte der Beschäftigten und der Gewerkschaften bleiben unberührt.

§3 Das Gesetz gilt auch im Land Berlin.

§4 Das Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung: (Auszüge)

Zur aktuellen Notwendigkeit eines Aussperrungsverbots:

Seit langem wird von maßgeblichen gesellschaftlichen Kräften die Forderung nach einem Aussperrungsverbot erhoben. Z. B. bekräftigten die Gewerkschaften auf ihren letzten Kongressen die politische Notwendigkeit eines Aussperrungsverbots (Antrag 238 zum Arbeitsrecht des 12. ordentlichen Bundeskongresses des DGB, Berlin 1982, Entschließung 4 des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall, München 1983 usw.).

Die aktuelle tarifpolitische Auseinandersetzung zeigt, daß die parlamentarische Umsetzung dieser Forderung besonders dringlich ist. So stehen Anfang Juni 1984 ca. 63 000 streikenden Beschäftigten im Metallbereich ca. 89 000 unmittelbar Aussperrte gegenüber. Ca. 118 000 Beschäftigte der Metallindustrie sind kalt ausgesperrt und erhalten nach dem Erlass des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit vom 18.5.1984 (bestätigt durch den Verwaltungsrat vom 23.5.1984) nicht einmal Kurzarbeitergeld bzw. Arbeitslosengeld/-hilfe. Die Unternehmer drohen sogar damit, außerhalb der umkämpften Tarifgebiete auszusperrern (Angriffsaussperrung).

Ernst Breit Parlament soll die Aussperrung verbieten

Zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Grünen zum Verbot der Aussperrung wandte sich Ernst Breit, Vorsitzender des DGB, an die Abgeordneten des Bundestages. In seinem Brief hieß es u. a.:

„In letzter Konsequenz wird durch das Instrument der Aussperrung in seinen verschiedenen Formen das verfassungsrechtlich garantierte Streikrecht selbst unterlaufen.“

Der Streik aber stellt für die Arbeitnehmer die letzte und wirksamste Möglichkeit dar, in der Auseinandersetzung um angemessene Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Ohne den Streik wären sie dem wirtschaftlichen Übergewicht der Arbeitgeber hilflos ausgeliefert. Nicht umsonst ist in der Verfassung des Landes Hessen das Verbot der Aussperrung enthalten; nicht umsonst ist in mehreren unserer Nachbarländer die Aussperrung entweder verboten, gesellschaftlich geächtet oder mit Lohnzahlungspflicht verbunden.

Die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist klar: Die Aussperrung muß verboten werden.“

Streik: Ursprung und Grundlage solidarischen Handelns

Das Prinzip solidarischen Handelns, das dem Streik und der gesamten gewerkschaftlichen Tätigkeit zugrunde liegt, ist Ausdruck der Erkenntnis, daß der einzelne Beschäftigte dem einzelnen Unternehmer und um so mehr den Unternehmern in ihrem verbandsmäßigen Zusammenschluß hoffnungslos unterlegen ist. Der Streik ist also das

Mittel der sozial Schwächeren, sich gemeinsam durch Arbeitsniederlegung gegen eine erdrückende wirtschaftliche Übermacht zu wehren. Ohne dieses Mittel solidarischer Gegenwehr wären wesentliche soziale Erfolge, die heute selbstverständlich und allgemein akzeptiert sind, nicht zustande gekommen: Dies gilt für das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß, das Recht auf den Abschluß von Tarifverträgen, den 8-Stunden-Tag, die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall, Pausenregelungen bei taktgebundenen Arbeiten, die Verdienstsicherung älterer abhängig Beschäftigter usw.

Wegen seiner besonderen gesellschaftspolitischen Bedeutung ist das Streikrecht auch durch das Grundgesetz Art. 9 Abs. 3 garantiert.

Aussperrung: Ein Mittel zur Sicherung eines Machtübergewichts:

Ziel der Aussperrung war und ist demgegenüber, den machtpolitischen Abstand zwischen dem Eigentümer an den Produktionsmitteln und denjenigen, die lediglich ihre Arbeitskraft anzubieten haben, wiederherzustellen. Solidarisierung, die die Chance beinhaltet, zumindest für die Zeit des Arbeitskampfes den machtpolitischen Vorsprung der Unternehmer zu verringern, soll verhindert oder jedenfalls nachhaltig erschwert werden. (...)

Die Aussperrung hat im Rahmen der Strategien zur Festigung unternehmerischer Vorherrschaft ihren festen Platz: In den 30 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland blieben nur fünf Jahre ohne Aussperrung. (...)

Nach Aussagen des ehemaligen Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Industrie, Berg, wollten die Unternehmer beim Arbeitskampf in der Metallindustrie Baden-Württembergs im Jahre 1963 durch Aussperrung auch geklärt wissen, „wer in der Wirtschaft eigentlich etwas zu sagen hat“. Auf der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im Februar 1980 und auch aktuell finden sich anlässlich der Diskussion der Aussperrungsproblematik ähnliche Äußerungen maßgeblicher BdA-Ver-

bandsvertreter.

Daß die Unternehmer ihre Interessen auch insoweit aggressiv durchsetzen und in Krisenzeiten autoritäre Gesellschaftsformen nicht nur in Kauf nehmen, sondern teilweise sogar fördern, belegt die Aussperrung im Rahmen des großen Ruhr-Eisenstreiks des Jahres 1928. (...) Die Äußerungen von Unternehmensvertretern aus dieser Zeit lassen keinen Zweifel daran, was das Ziel dieser Aussperrung gewesen ist. (...)

Im Ergebnis handelte es sich hierbei um einen Konflikt, der von Seiten der Unternehmer auf die Beseitigung der Republik und die Schaffung eines autoritären Staates abzielte. Dies war dann auch tatsächlich der Anfang vom Ende der Weimarer Republik, der ersten parlamentarischen Demokratie auf deutschem Boden.

An dieser Auseinandersetzung wird exemplarisch deutlich, daß sich Aussperrungen nicht nur gegen die Gewerkschaften richten können, sondern darüber hinaus der Beseitigung demokratischer und sozialer Strukturen gelten. Aus dieser unheilvollen Tradition lassen sich auch die gegenwärtig praktizierten Aussperrungen nicht lösen.

Aussperrung zielt auf Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation und der Tarifautonomie

Die Aussperrungen verfolgen, wie aktuelle Äußerungen von Unternehmensvertretern belegen, u. a. das Ziel, die Finanzkraft der Gewerkschaften nachhaltig zu schwächen. Die Strategie des „Ausblutens gewerkschaftlicher Kassen“ läßt folgende Konsequenzen sichtbar werden: Es besteht die Gefahr, daß allgemeine gewerkschaftliche Leistungen gegenüber den Mitgliedern eingeschränkt werden müssen.

So war die IG Druck und Papier bereits 1978 gezwungen, Kranken-, Invaliden- und Treuegeld zum Teil drastisch zu kürzen; dem Rotstift mußte unter anderem die länger als 110 Jahre bestehende Unterstützungskasse zum Opfer fallen. Wenn die IG Metall als größter Beitragszahler des DGB aufgrund der außergewöhnlich

Bereits Ende Juni ging ein Gesetzentwurf der Grünen zum gesetzlichen Verbot der Aussperrung in der ersten Lesung durch den Bundestag. (Der RM berichtete darüber.) Es ist das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, daß der Bundestag sich mit der Frage des gesetzlichen Verbots der Aussperrung beschäftigen muß. Denn obwohl seit Beginn der siebziger Jahre von verschiedenen Einzelgewerkschaften das gesetzliche Verbot der Aussperrung gefordert wurde, hat es bisher noch keinen Gesetzentwurf zu dieser Frage gegeben. Die SPD wollte sich für diese Forderung nicht einsetzen. Der DGB zog es vor, im Kampf gegen die Aussperrung den rechtlichen Weg zu beschreiten.

Aussperrung verbieten!

Der hinter uns liegende Kampf um die 35-Stunden-Woche und dabei insbesondere die Auseinandersetzung um die Aussperrung in Hessen haben sehr deutlich gemacht, daß der Aussperrung allein auf rechtlchem Wege nicht beizukommen ist. Daß die Unternehmer in der Bundesrepublik die Möglichkeit haben, mit Hilfe der Aussperrung das Streikrecht auszuhöhlen und die Gewerkschaften zu bekämpfen, ist in erster Linie ein politisches Problem. Deshalb muß die Aussperrung gesetzlich verboten werden. Es ist erfreulich, daß auch der DGB-Vorstand inzwischen bereit ist, die Auseinandersetzung um ein solches gesetzliches Verbot der Aussperrung zu führen. [S. Dokumentation eines Briefes von Ernst Breit an die Bundestagsabgeordneten auf dieser Seite]

Natürlich wird es angesichts der bestehenden politischen Verhältnisse im Bundestag nicht gerade einfach sein, ein gesetzliches Verbot der Aussperrung zu erreichen. Wenn überhaupt, das ist völlig klar, hat ein solches Gesetzesvorhaben nur dann eine Chance, wenn außerhalb des Parlaments, seitens der Gewerkschaften und der demokratischen Öffentlichkeit der nötige Druck erzeugt wird. Wir fordern die Leser unserer Zeitung auf, das Ihre dazu beizutragen — in den Gewerkschaften, überall dort, wo sie politisch tätig sind.

hohen Ausgaben infolge der Aussperrung in die Lage käme, ihre Leistungen an den DGB reduzieren zu müssen, wäre sogar die finanzielle Basis für die gesamte Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik in Frage gestellt. Streiks werden durch die Angriffsstrategie der kampfbietend ausweitenden Aussperrungen für die Gewerkschaften zu einem unkalkulierbaren Risiko. Die Aussperrungspraxis der Unternehmer, durch die ihre Tabupolitik zunehmende politische Schärfe erhält, ist ein unmittelbarer Angriff auf die verfassungsrechtlich geschützte Tarifautonomie!

Aussperrungen richten sich gegen den einzelnen abhängig Beschäftigten

Die Aussperrung richtet sich nicht nur gegen die gewerkschaftliche Organisation, sie trifft auch jeden einzelnen Beschäftigten unmittelbar. (...)

Aussperrungen sind damit Bestandteil einer Einschüchterungsstrategie der Unternehmer bei Arbeitskämpfen und gleichzeitig deren massivster Ausdruck. Deshalb trifft es durchaus den Kern, wenn der CDU-Abgeordnete Kanka anlässlich der Diskussion über das Aussperrungsverbot in der Hessischen Verfassung (Artikel 29, Abs. 5) die Aussperrung als unsittliches Kampfmittel bezeichnet, das sich als Mißbrauch wirtschaftlicher Macht darstellt. So gesehen ist es richtig, daß Aussperrungen auch als Verstoß gegen die nach Artikel 1 Grundgesetz geschützte Menschenwürde bewertet werden, die dem Wert der einzelnen Person Vorrang vor einzelnen Sachwerten einräumt.

Die Aussperrung hat keine verfassungsrechtliche Grundlage

Im Grundgesetz findet sich kein Satz über, geschweige denn ein Anhaltspunkt für die Aussperrung. Der einschlägige Artikel 9, Absatz 3, GG garantiert lediglich das Recht, Vereinigungen

zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu bilden. Gewährleistet ist also die Koalitionsbildung, nicht gewährleistet aber sind einzelne Koalitionsmittel. Ohne Streikrecht wäre ein Zusammenschluß zu Gewerkschaften nach ihrem eigenen, historisch gewachsenen Selbstverständnis sinnlos. Dementsprechend ist in der juristischen Diskussion auch anerkannt, daß Art. 9, Abs. 3 GG mit dem Recht auf Bildung gewerkschaftlicher Koalitionen gleichzeitig das Streikrecht gewährleistet. Die Aussperrung hat für die Unternehmerkoalitionen nicht die gleiche existenzielle Bedeutung wie das Streikrecht für die Gewerkschaften. Bereits dies spricht dafür, daß die Aussperrung nicht in Art. 9, Abs. 3 GG mit Verfassungsrang geschützt ist. Es wäre widersinnig, wenn in ein und derselben Verfassungsnorm ein Mittel zur demokratischen und sozialen Fortentwicklung der Gesellschaft — der Streik — und gleichzeitig dessen Aushebelung — die Aussperrung — garantiert wäre.

Dies bestätigt die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes. Nach der Diskussion im Vorfeld der Verabschiedung der Verfassungstexte im Jahre 1948/49 besteht kein Zweifel daran, daß das Streikrecht im Grundgesetz gewährleistet werden sollte. Von einer Garantie der Aussperrung war dagegen nie die Rede. Sie hätte auch dem Wertbewußtsein der Bevölkerung widersprochen, die damals — wie auch heute! — mit großer Mehrheit die Zulässigkeit der Aussperrung ablehnte. Erhärtet wird dies dadurch, daß in acht Länderverfassungen ausschließlich das Streikrecht gewährleistet und in Art. 29, Abs. 5 der Hessischen Verfassung die Aussperrung ausdrücklich verboten wird.

(Wir konnten aus Platzgründen nur Auszüge aus der umfangreichen Begründung des Gesetzentwurfes abdrucken. Der gesamte Text ist über die Bundestagsfraktion der Grünen oder auch (als Kopie) bei uns zu bekommen.)

Das NS-Gesetz ist verabschiedet:

In Portugal ein Gesetz nach Salazars Muster

Das jüngst im Lissaboner Parlament in Sao Bento mit den Stimmen der Regierungsmehrheit PS/PSD — in seinen Grundzügen — verabschiedete „Gesetz der inneren Sicherheit“ ist der bisherige Höhepunkt in der reaktionären Kampagne, die seit Jahren darauf abzielt, Portugal auch offiziell und politisch ein anderes System zu verpassen.

Schaut man sich heute in Portugal um, was von der 74er Aprilrevolution geblieben ist, so kann man eigentlich sagen: gar nichts. Von der Substanz her nichts. Von der Form her noch dies oder das — außer im politischen Bereich, wo man bei einem Vergleich leicht feststellen könnte, daß es in Portugal — bisher — eindeutig mehr demokratische Rechte gab als etwa in der BRD. Dies betrifft in erster Linie die Rechte im Betrieb, aber auch im Wahlgesetz und anderen mehr.

Während im wirtschaftlichen Bereich, mit dem Diktat des Internationalen Währungsfonds der blanke Kapitalismus rast, Teuerung, Arbeitslosigkeit und Nichtbezahlung von Löhnen an der Tagesordnung sind, gab es eben bisher diese politischen Rechte noch.

Aber es ist gerade die katastrophale wirtschaftliche Lage, die erneut zu wachsenden Auseinandersetzungen, zu vermehrter Aktivität der Arbeiterklasse führt.

Eine halbe Million Menschen ohne Arbeit, 150000 Arbeiter, die monatelang Lohnrückstände hinnehmen müssen, eine Inflationsrate, die im wahren Sinne des Wortes galoppiert — das sind die Eckpfeiler dieser Lage. Wobei die „sozialistische“ Regierung neue Verträge mit dem IWF abschließen will, die sich erneut gegen die breite Masse der Bevölkerung auswirken werden. Eine Situation, in der die Zahl der Streiks erneut stark zunimmt, in der die Losung „Governo — rua“ (Re-

gierung auf die Straße) auf gewerkschaftlichen Kundgebungen usw. zur Alltätlichkeit geworden ist.

Es gibt also nicht nur grundsätzliche Gründe, sondern auch aktuelle, die der herrschenden Klasse Portugals und ihren imperialistischen Hintermännern



in Washington, London und Bonn es angeraten erscheinen lassen, etwaigen Problemen einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben.

Wobei der Inhalt des Gesetzes sich im Prinzip kaum von dem unterscheidet, was etwa im westdeutschen Notstandsgesetz festgehalten ist, mit einigen, allerdings bemerkenswerten Unterschieden.

Der erste Unterschied ist natürlich die Ausgangslage in der gerade so ein Gesetz in besonderem Maße auch eine Provokation für alle linken und fortschrittlichen Kräfte sein muß und auch so wirkt.

Der zweite Unterschied, und

der ist tatsächlich enorm wichtig, ist, daß dieses Gesetz viel leichter zur Anwendung kommen kann, als das BRD-NS-Gesetz.

Und der dritte, gerade für portugiesische Verhältnisse von besonderer Wichtigkeit, sieht direkt die Schaffung einer neuen politischen Spezialpolizei vor, die nicht nur Erinnerungen an Salazars Folterknechte von der PIDE weckt, sondern durchaus mit dieser vergleichbar sein wird.

Der Widerstand gegen die Verabschiedung dieses Gesetzes war relativ breit. Da gab es sehr viele Erklärungen, Reden, Eingaben, Proteste. Daß er aber nicht noch breiter und noch wirksamer wurde, hat in geradezu klassischer Weise mit dem Verhalten der Führung der revisionistischen KP Portugals zu tun. Eine Partei, die über großen politischen Einfluß und eine recht starke Organisation verfügt, die auf über 20 Prozent der Wählerstimmen hofft, die Führung im Gewerkschaftsbund CGTP-Intersindical inne hat, eine große Presse. Die Reden Cunhals und der anderen Führer der KPP waren dann auch

voll schärfster Kritik an diesem Vorhaben.

Im wirklichen Widerstand gegen dieses Gesetz aber bremste die revisionistische Partei den Kampf. Nicht nur, daß sie gegen die Losung eines politischen Generalstreiks auftrat, wie sie von revolutionären Kräften im Bundesvorstand der CGTP vorgeschlagen worden war. Diese Partei boykottierte auch die zentrale Protestkundgebung in Sao Bento, zu der ein Ausschuß zahlreicher bekannter Persönlichkeiten, zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen und eine Reihe politischer Organisationen aufgerufen hatten und an der sich viele Tausende beteiligten. Cunhals Partei unternahm — zentral — nichts, um den Kampf auf die Straße zu tragen, ja sie verhinderte dies sogar (auch wenn es vor Ort teilweise anders aussah) und sie begründete diese Haltung auch noch.

Und zwar damit, daß man noch warten müsse — auf die Haltung des Staatspräsidenten Eanes (der noch fast jeden Akt gegen den 25. April guthieß), auf die Haltung anderer Parteien, der Opposition in der PS gegen den Kurs des Regierungschefs und Parteivorsitzenden Mario Soares usw. usf.

Wobei ihre politische Argumentation auch noch den Weg einschlug, zu sagen, daß es keines neuen Gesetzes bedürfe, da die bestehenden zum „Kampf gegen den Terrorismus“ ausreichend seien. Auf diese Weise kann man diese Partei nicht vom Vorwurf freisprechen, mit dazu beigetragen zu haben, daß dieses Gesetz, zwar auch gegen ihre Stimmen, aber doch relativ problemlos über die Bühne ging. Die gesamte Taktik der KPP gegen dieses Gesetz ist von der parlamentarischen Fixierung geprägt, der Ablehnung von Massenbewegungen und Massenkampf, der Beschränkung auf Parteientaktik und Beziehungen, der Werbung für mehr Stimmen bei der nächsten Wahl — eine typisch opportunistische, reformistische Politik.

Regionalparlament von Madeira aufgelöst

Im Geist des Sicherheitsgesetzes gehandelt ...

Bereits bei der Massenfestnahme von FUP-Mitgliedern im Juni gab es verschiedene provokatorische politische Versuche, die gesamte Linke, vorwiegend die revolutionäre, zu treffen. So wurde damals zunächst im Fernsehen gemeldet, auch UDP-Mitglieder seien unter den Verhafteten. Anschließend streute Mario Soares persönlich die Behauptung aus, die FP-25-Guerillas seien von der revisionistischen KPP gesteuert — was diese mit Hinweis auf ihre stetige Haltung gegen den „Terrorismus“ zurückwies.

Nun ein neuer Akt, der zeigt, daß es sich bei diesen ganzen Vorgängen um eine echte reaktionäre Kampagne handelt. Die PSD-Mehrheit des Regionalparlaments von Madeira blockierte die Arbeit dieses Gremiums im klaren Verstoß gegen die Verfassung.

Die Fraktion der UDP in diesem Parlament wollte eine Anfrage an den Chef der Regionalregierung Joao Jardim stellen. Dieser versuchte zunächst eine Mehrheit dafür zu finden, dies ganz offiziell mit der politischen Begründung zu verhindern, damit werde öffentlich Unruhe geschürt. Nachdem das so nicht gelang, schwörte er seine Fraktion auf parlamentarische Obstruktion ein — die Fraktion der PSD ließ kurzerhand mitteilen, sie werde nicht mehr zu den Sitzungen des Parlaments erscheinen.

Damit ist dieses Regionalparlament faktisch aufgelöst, auf kaltem, der Verfassung widersprechendem Wege. Die zuständigen Zentralinstanzen in Lissabon billigten diesen Akt Jardim auch noch ausdrücklich. „Bandeira Vermelha“, das Zentralorgan der PC(r) Portugals zieht dazu einen Vergleich zum Jahre 1975 als Bauarbeiter das Parlament in Sao Bento umzingelten, um ihre Forderungen ultimativ durchzubringen und alle bürgerlichen Parteien und die Presse wie wild gegen diese Verletzung der parlamentarischen Spielregeln tobte — die revisionistische KPP übte anstelle der Arbeiter Selbstkritik. Jetzt regt sich niemand auf, am allerwenigsten natürlich die Rechten und die PS, denn diese Maßnahme ging ja gegen die Linke, gegen die UDP.

Überraschende Massenverhaftungen vor Parlamentsdebatte

Mitte Juni wurden in einer Nacht- und Nebelaktion in Portugal rund 40 Mitglieder und Funktionäre der linken, revolutionären Organisation FUP verhaftet, darunter auch Otelo Saraiva de Carvalho, ehemaliger Präsidentschaftskandidat der Linken (bei der 76er Wahl mit rund 15 Prozent zweiter hinter Eanes) und einer der Führer der Soldatenbewegung am 25. April 1974.

Der Vorwurf an die FUP: Sie sei der politische Arm der „FP 25“ (eine Gruppierung der „Stadtguerilla“), die Verhafteten seien in Planung und Durchführung von Attentaten, Entführungen und Banküberfällen verwickelt gewesen. Insbesondere gegen Otelos Festnahme (der noch heute im Caxias-Gefängnis sitzt) der noch immer eine populäre Figur ist, gab es zahlreiche Widerstände und Proteste.

Daraufhin wird von der Regierungseite, der Koalition zwischen der Sozialistischen Partei (PS) und der Sozialdemokratischen Partei (PSD), trotz des Namens aber eher vergleichbar mit der CDU, eine Doppeltaktik gefahren: einerseits wird darauf verwiesen, daß dies ja alles eine rein juristische Vorgehensweise sei, mit der sie nichts zu tun habe, das gehe alles seinen gesetzlichen Gang; andererseits wird politisch argumentiert, daß gerade das Wirken der FP 25 und ähnlicher Strömungen einer der Gründe sei, das portugiesische Notstandsgesetz die „Lei de seguranca interna“ (Gesetz der

inneren Sicherheit) zu verabschieden — dessen Debatte im Parlament kurz bevorstand.

Die Festnahme der FUP-Mitglieder — einer legalen politischen Partei — denen man bisher nichts, aber auch gar nichts von dem nachweisen konnte, was ihnen „zur Last gelegt“ wurde, war, das zeigte die weitere Entwicklung, nichts anderes als ein provokatorischer Akt, um Stimmung für die öffentliche Debatte über das neue Gesetz zu machen. Ein Strickmuster, das wahrlich altbekannt ist, wenn man sich von vielen möglichen Beispielen allein einmal an die Bundesrepublik im Herbst 1977 erinnert. Die Überlegung, daß vielleicht auch hier die PS von ihrer bundesdeutschen „Mutterpartei“ SPD gelernt haben könnte, liegt nicht sehr weit weg.

Mit der Festnahme führenden Mitglieder einer linken Partei hat die portugiesische Reaktion einen weiteren Schritt auf dem Weg der Zementierung der Restauration gegen den 25. April getan.

Offener Brief der PC(r) an die Arbeiterinnen und Arbeiter der PS und der PCP

In „Bandeira Vermelha“, dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) Portugals wurde im Juli ein offener Brief des Zentralkomitees unserer portugiesischen Bruderpartei veröffentlicht, der an die proletarische Mitgliedschaft von der Sozialistischen Partei und der revisionistischen KPP gerichtet ist. Dieser Brief ist, auf der Grundlage der gegenwärtigen äußerst kritischen wirtschaftlichen Lage und der Verabschiedung des berüchtigten Gesetzes zur inneren Sicherheit, ein Appell zum einheitlichen Kampf und Widerstand gegen die Politik des Kapitals und des Imperialismus. In dem Brief heißt es unter anderem:

„Genossen Arbeiterinnen und Arbeiter der PS —

viele Arbeiter haben, wie ihr, geglaubt, daß die PS die Politik der AD (vorherige regierende Rechtskoalition) nicht fortsetzen würde, viele dachten und hofften, das Leben würde besser werden, deshalb wurde PS gewählt. (...)

Aber was sehen wir heute? Heute gibt es Arbeiter, die Selbstmord begehen, weil sie nichts zu essen haben ... Heute stehlen ehrliche Männer, weil sie Brot brauchen ...

Glaubt ihr, Genossen, daß dies sozialistische Politik ist?

Was soll man von Telefonüberwachung, Briefkontrollen, Hausdurchsuchungen und Versammlungsverboten halten, vom Anstiften von Schlägereien in den Betrieben?

Genossinnen und Genossen Arbeiter, ist es nicht an der Zeit, „genug!“ zu sagen? ... Es ist an der Zeit, das Recht auf Brot, Arbeit und Freiheit zu verteidigen.

Genossen Arbeiterinnen und Arbeiter der PCP —

Fandet ihr es nicht seltsam, daß sowohl die Regierung als auch die Führung der PCP diese Sozialpakete bei der Lisnave, der Setenave und anderen Werken begrüßten? ... Als wir alle am 2. Juni aus dem ganzen Land zur „Praca do Comercio“ strömten, wozu taten wir dies? Um uns Reden anzuhören, mit denen wir auf die Institutionen und den Präsidenten vertröstet werden sollten?

Diese Regierung hat reaktionäre Maßnahmen getroffen, genau wie die AD-Regierung. Aber die Arbeiterbewegung hat die AD-Regierung bekämpft, auch mit den beiden Generalstreiks, die dazu beitrugen, daß die AD stürzte ... Worauf wartet die CGTP, warum war die Führung gegen einen gut vorbereiteten Generalstreik gegen Hunger und Arbeitslosigkeit?

Warum fordern die Führer der PCP und die Mehrheit der CGTP stets Lohnerhöhungen um 4, 5, 6 oder 7000 Escudos für die Arbeiter und 20, 30 oder 40000 für die höheren Betriebskader? Warum sind sie gegen die gleiche Lohnerhöhung für alle, wessen Interessen vertreten sie?

Warum haben sie die Beteiligung am Protest gegen das Sicherheitsgesetz in Sao Bento verweigert? ...

Ist es bei all dem nicht Zeit zum Nachdenken? Zeit die Stimme mutig zu erheben und Nein zu sagen, Zeit, gemeinsam zu kämpfen?

Machen wir aus unserer Einheit, aus unserem Widerstand unsere Kraft gegen die Herren vom Kapital!

Gegen Hunger und Arbeitslosigkeit — die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Nieder mit dem faschistischen Sicherheitsgesetz!

Nieder mit der Regierung des Hungers, der Arbeitslosigkeit und der Unterdrückung! Weg mit der Regierung PS/PSD!

Es lebe die Einheit und der Kampf der Arbeiterklasse!

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HAMBURG:

„Deutsche und Ausländer raus — zum 2. Einwanderer-Kulturfestival“

Samstag, den 25. August ab 14 Uhr und

Sonntag, den 26. August ab 12 Uhr

Jenkelpark, ehemaliges Altonaer Krankenhaus,

Max-Brauer-Allee/Hospitalstraße

„Die Kulturen von 14 Völkern zum Anschauen und Mit-

machen“

Eintritt 7, — DM (bis 12 Jahre frei)

Arbeitslosentreffs der KPD

FÜR DEN BEREICH MITTE:

Sonntag, 2. September um 11 Uhr

im zentralen Parteibüro, Dortmund-Hörde

FÜR DEN BEREICH NORD

Samstag, 8. September um 11 Uhr

Tählmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Hamburg 6

Für den Bereich Süd steht noch kein Termin fest

Wie die Bundesrepublik Schritt für Schritt in die Militärkonflikte des Nahen Ostens einbezogen wird

Die Verwicklung der BRD in den Libanon-Krieg

Am 4. Dezember vergangenen Jahres flog die US-Luftwaffe einen schweren Angriff gegen syrische Artillerie- und Luftabwehrstellungen im Libanon. Zwei Kampfflugzeuge wurden abgeschossen, ein US-Pilot geriet in syrische Gefangenschaft. Selten zuvor war die Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion, die mit Syrien verbündet ist, so groß wie durch diesen Luftangriff.

Zwei Monate später berichtet die „International Herald Tribune“ am 8.2.1984 rückblickend: „Die Ziele und die Uhrzeit für die Angriffe wurden Tausende von Meilen entfernt ausgewählt, von Stabsoffizieren des US-European-Command in Stuttgart und nicht vom Navy-Kampfgruppen-Kommandeur vor der Küste des Libanon.“

Stuttgart: Einsatzzentrale für Bombenangriffe

Seit Dezember vergangenen Jahres werden auf dem Boden unseres Landes die atomaren Erstschlagwaffen Pershing II und Cruise Missiles gegen den Willen einer großen Bevölkerungsmehrheit stationiert. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hajo Hoffmann macht in seiner Studie „Die Rolle der BRD beim Krieg ums Öl“ auf folgende bisher unbeachtete Tatsache aufmerksam: „Unter Vernachlässigung Nordeuropas (...) erreicht die Pershing II von bundesdeutschem Boden aus u.a.: Moskau, Ankara, Tripolis, Gibraltar. Von der BRD aus können Cruise Missiles fliegen bis: Tiflis (UdSSR-Georgien), Damaskus (Syrien), Libanon, Israel, Amman (Jordanien), ägyptische Küste, Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko.“

Sein Fazit: „Die technische Fähigkeit, mit auf deutschem Boden stationierten atomaren Mittelstreckenraketen Mittelmeeranrainer (auch in Nahost) zu bedrohen, kann nicht bestritten werden.“ (zit. nach TAZ v. 12.1.84)

Pershing II, Cruise Missiles und der Nahe Osten

1979 begannen die USA mit dem Aufbau einer „schnellen Eingreiftruppe“, um ihre „lebenswichtigen Interessen“ (Carter) in der Region des Persischen Golfes zu sichern. Ein Jahr später verlangte der damalige US-Botschafter in Bonn, Stoessel, die US-Anlagen in der Bundesrepublik seien „so auszubauen und zu erweitern, daß sie von den amerikanischen Streitkräften als Zwischenstationen und als Basis für die Verlegung größerer Truppenverbände in andere Regionen, vor allem den Mittleren Osten geeignet sind“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 1.11.80).

Eineinhalb Jahre nach dieser „Stoessel-Demarche“ wurde am

Protesterklärung des Bundestreffens der Palästina-, Libanon- und Nahost-Solidaritätskomitees vom 11. 7. 1984

15.4.82 von den Regierungen der USA und der Bundesrepublik in Bonn das „Wartime Host Nation Support“-Abkommen (WHNS) unterzeichnet (Abkommen zur Unterstützung durch den Aufnahmestaat im Fall von Krise oder Krieg).

Dazu Bundesverteidigungsminister Wörner auf der 20. Internationalen Wehrkundetagung in München:

„Die Bedrohung der westlichen Sicherheit kommt nicht nur aus dem Osten, sondern auch aus den Krisenzonen des Nahen und Mittleren Ostens ... Die Vereinigten Staaten sind dabei, das Notwendige im militärischen Bereich zu tun ... Die Bundesrepublik kann dazu aus den bekannten Gründen direkt nichts beitragen. Sie hat aber viel getan, um Lücken im Aufkommen der Verstärkungskräfte für Europa zu schließen. Wir haben kürzlich sechs zusätzliche Brigaden des Territorialheeres der NATO unterstellt und planen den Aufbau von sechs weiteren Brigaden als regionale Reserveverbände. Wir haben einer Erweiterung des Operationsgebietes der Bundesmarine an der Nordflanke zugestimmt und damit dem alliierten Befehlshaber größere Flexibilität bei der Einsatzplanung und -führung ermöglicht. Wir haben vor allem durch das WHNS-Abkommen 93 000 US-Soldaten von logistischen Aufgaben in Europa entlastet.“ (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 20 v. 18.2.83)

Auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Schwenninger und der Fraktion DIE GRÜNEN, die vor diesem Hintergrund gesehen werden muß, antwortete die Bundesregierung im Grunde überhaupt nicht. Hier zunächst die zwei diesbezüglichen Fragen daraus:

„Hat die Bundesregierung den Transfer US-amerikanischer Waffen und Munition über bundesdeutsche Häfen nach Israel und für den Einsatz im Libanon-Krieg genehmigt? Wurden Flugplätze in der Bundesrepublik Deutschland für den Transfer US-amerikanischer Waffen und Munition nach Israel und für den Einsatz im Libanon-Krieg benutzt?“

Und hier der vollständige Wortlaut der Antwort der Bundesregierung:

„Die Frage, ob US-amerikanische Waffen und Munition in den Nahen Osten verbracht werden, ist allein Sache der Vereinigten Staaten von Nordamerika.“

Falls ein solcher Transport vom Territorium der Bundesregierung Deutschland ausgehen oder dieses berühren soll, ist hierfür die Zustimmung der Bundesregierung erforderlich. Über Anträge wird unter Berücksichtigung nationaler, insbesondere auch unserer Bündnisinteressen entschieden.“ (Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/1089, 6.3.84)

Es bleibt also die Schlußfolgerung: Die Bundesrepublik wird durch das WHNS-Abkommen u.a. zur Drehscheibe von Truppen, Waffen und Material für die Militäraktionen der USA im Nahen Osten. Die

ausweichende Antwort der Bundesregierung legt nahe anzunehmen, daß die in der Anfrage der GRÜNEN enthaltenen Vermutungen den Tatsachen entsprechen.

Bundesrepublik: Drehscheibe der „schnellen Eingreiftruppe“

Im August 1982 unterzeichnete der Heeresinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant Meinhold Glanz, zusammen mit dem Generalstabschef der US-Army, General Edward C. Meyer, das Vorwort zum gemeinsam entwickelten Konzept „Air Land Battle 2000“ (Militärdokumentation, Heft 34/35, S. 74 ff). Diese Kriegsführungsdoktrin (Air Land Battle = Luft-Land-Schlacht), die den kombinierten Einsatz atomarer, chemischer und konventioneller Waffen vorsieht, definiert als „Interessensphäre der NATO“ u.a. ausdrücklich: „Naher und Mittlerer Osten und Persischer Golf“.

Vor diesem Hintergrund muß auch die „Diskussion in den USA über deutsche Soldaten in Nahost“ unter „hohen Militärs und Regierungsvertretern“ gesehen und entsprechend ernstgenommen werden („Bonner Generalanzeiger“, 19.12.83)

Daß derartige Überlegungen keineswegs bloße Gedankenspiele sind, machen die im folgenden beschriebenen Schritte der Bundesregierung deutlich: Im Februar 1983 erklärte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Müllemann, nach der Rückkehr von einer Nahost-Reise, „daß einer Unterstützung der bei Beirut stehenden internationalen Streitkräfte durch Transportflugzeuge der Bundeswehr weder materielle noch rechtliche Hindernisse entgegenstünden“ („Südwestpresse“, 19.2.83)

Im Bundeshaushalt 84 wurden dementsprechend unter dem Titel 68626 des Einzelplanes 05 (Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes) 7 Millionen DM bereitgestellt. Zweckbestimmung: „Friedenssichernde Maßnahmen in Nahost (Libanon)“. Die regierungsamtlichen Erläuterungen dazu:

„Logistische Unterstützung der internationalen Streitkräfte (MNF) im Libanon, sowie Beratung der libanesischen Regierung beim Aufbau einer Grenzschutztruppe“.

Die politisch-militärische Entwicklung im Libanon führte zunächst dazu, daß der Haushaltsausschuß des Bundestages diese Finanzmittel qualifiziert sperrte (d.h. sie dürfen erst dann verwendet werden, wenn der Ausschuß dies explizit beschließt und damit die Sperre aufhebt). Mittlerweile fehlt durch den Abzug und die faktische Auflösung der MNF der Adressat für die 6,6 Millionen DM „logistische Unterstützung“ (400 000 sind für die „Be-

ratung“ vorgesehen).

Festzuhalten bleibt jedoch, daß die Bundesregierung damit bereit war (und im Prinzip wohl noch ist),

1. gegen Artikel 26 des Grundgesetzes zu verstoßen, dessen Artikel 1 „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören“, unter Strafe stellt;

2. den NATO-Vertrag zu verletzen, da die Region des Nahen Ostens nicht zu seinem Geltungsbereich gehört;

3. erstmals seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland eigenes militärisches Personal in einem kriegerischen Konflikt aktiv werden zu lassen, denn weder „logistische Unterstützung“ noch „Beratung (...) beim Aufbau einer Grenzschutztruppe“ kann ohne direktes personelles Engagement abgewickelt werden.

Die hier dargestellte militärische Verwicklung der Bundesrepublik in die Reagan'sche Interventionspolitik im Nahen Osten muß beendet werden. Sie trägt nicht nur zum Blutvergießen in der Region bei, sondern erhöht auch die Gefahr, daß der nächste Nahostkrieg zum Beginn des letzten Weltkriegs wird.

Bundeswehr im Libanon? Die Bundesregierung wird aufgefordert:

zu unterbinden, daß das Pentagon vom Boden der Bundesrepublik aus, in Stuttgart, Kriegseinsätze plant, organisiert und kommandiert!

ihre Zustimmung zur Stationierung der atomaren Erstschlagwaffen Pershing II und Cruise Missile rückgängig zu machen und die bereits stationierten Raketen abbauen zu lassen!

zu verhindern, daß die USA die Bundesrepublik als „Drehscheibe“ des Einsatzes ihrer „schnellen Eingreiftruppe“ im Nahen Osten und als Nachschublager für entsprechendes militärisches Material mißbrauchen!

sich von dem Kriegsführungskonzept „Air Land Battle 2000“ und der Unterzeichnung seines Vorwortes durch Heeresinspekteur Glanz zu distanzieren!

allen Überlegungen und Plänen für ein direktes oder indirektes Engagement der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes im Nahen Osten eine unzweideutige Absage zu erteilen!

sich dafür zu verwenden, daß der Bundestag den Titel 68626 im Einzelplan 05 — „Friedenssichernde Maßnahmen in Nahost (Libanon)“ — streicht und den dort vorgesehenen Betrag von 7 Millionen DM dem Titel 68624 desselben Einzelplanes zuführt — „Besondere deutsche Hilfe zur Linderung der Flüchtlingsnot im Nahen Osten im Zusammenwirken mit der UNRWA“ (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge)!

ASK Frankfurt 11.7.84

Israelischer Angriff auf Palästinenser-Lager

Wieder haben israelische Soldaten palästinensische Flüchtlingslager angegriffen. In der letzten Woche gab es zwei Angriffe auf das Flüchtlingslager Nahr el-Bared im Nordlibanon, nahe der Stadt Tripolis. Zweimal sind israelische Hubschrauber und von der See her Schnellboote gegen das Lager vorgegangen und haben es beschossen. Nach Mitteilung libanesi-

scher Stellen hat es mindestens sechs Verletzte gegeben. Dieser erneute verbrecherische Akt ist nur ein Glied in einer Kette völkerrechtswidriger Aktionen der Armee in den Nachbarstaaten Israels, wo die vertriebenen Palästinenser permanent den Verfolgungs- und Vernichtungsfeldzügen der Zionisten ausgesetzt sind.

Womit vergleichen?

Im Knesseth, dem Parlament von Israel war von zionistischen Extremisten die Rede, ihre Terroranschläge haben zum Beispiel den Bürgermeister von Nablus um beide Füße gebracht.

Da erklärte der zweite Sprecher des Knesseth: „Aber das ist ja unsere Aufgabe ihnen die Eingeweide und die Gliedmaßen und die Augen auszureissen!“

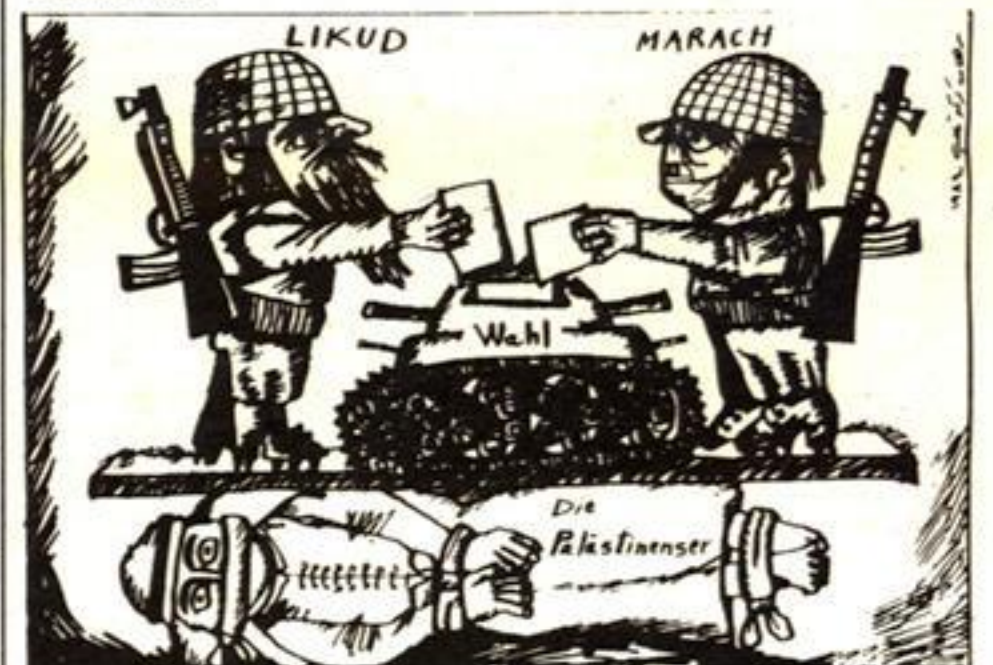
Mir als Jude fällt der Vergleich von Juden mit Nazis nicht leicht aber womit kann man diese Worte vergleichen?

Erich Fried

Fortsetzung der „Groß-Israel“-Politik

Große Koalition des Zionismus

Die gemeinsamen Ansichten zur Politik gegenüber den Nachbarstaaten, der Politik in den besetzten Gebieten und die katastrophale wirtschaftliche Situation Israels sind die Hauptgründe für eine sich anbahnende große Koalition der beiden größten politischen Kräfte Israels. Gespräche zwischen den Führern des erzreaktionären Likud-Blocks und der angeblich sozialdemokratischen Arbeiterpartei deuten auf eine solche Koalition hin. In der vergangenen Woche hieß es, daß „die Stimmung bei dem Gespräch überraschend positiv und freundschaftlich gewesen“ sei.



Die Gegensätze zwischen den beiden politischen Kräften dürften wahrlich nicht unüberbrückbar sein. Ein größeres und längeres Gerangel um Posten und Positionen ist zu erwarten, in wichtigen Fragen jedoch vertritt man ähnliche Positionen. So tritt der Führer des Likud-Blocks immer als der „starke Mann“ auf, der gerne mit einer Umfrage hausieren geht, nach der 30 Prozent der Befragten in einer repräsentativen Umfrage in Israel gemeint haben sollten, daß das parlamentarische System durch etwas ersetzt werden müsse, das „besser funktioniert“. Shimon Peres, Führer der Arbeiterpartei, stellt sich als ein Mann dar, der die Herrschaft des Fanatismus durch die von Gesetz und Recht ersetzen will. Aber niemand hat gegen einen erst kurz vor den Wahlen erweiterten israelischen Siedlungsprogramm protestiert, mit dem wieder neue „Wehrdörfer“ in den besetzten Gebieten geschaffen werden sollen. — Die Arbeiterpartei ist gegen den Abriß von Siedlungen, bezeichnet den Jordan als israelische Verteidigungslinie und hat schon lange den sogenannten „territorialen Kompromiß“ fallenlassen, der zumindest die Rückgabe eines Teiles der seit 1967 besetzten Gebiete als Teil eines Friedensplanes vorsah. Das Programm der Arbeiterpartei in der Libanon-Frage ist fast identisch mit

den Aussagen des Likud-Blocks, so etwa in bezug auf die Schaffung einer pro-israelischen südlibanesischen Söldnertruppe, wenn die Arbeiterpartei auch auf eine so ausgedehnte Besetzung des Südlibanon verzichten will und die Besetzungen südlich des Awali-Flusses im Libanon aufgeben will.

Von entscheidender Bedeutung sind für diese Zusammenarbeit auch die Folgen der expansionistischen Politik des Landes, die Milliarden für Krieg, Rüstung und die Siedlerprogramme verschlingt. Mit einer jährlichen Inflationsrate, die sich real 420 Prozent nähert, scheint es unwahrscheinlich, daß irgendein großer Block in der Lage sein würde zu regieren, ohne drastische Sparmaßnahmen auf Kosten der Bevölkerung durchzuführen. Der einzige Weg, wie ein Block unter derartigen wirtschaftlichen Umständen an der Macht bleiben könnte, wäre, seinen Rivalen als Partner in die Regierung zu übernehmen.

Mit der Unterstützung der fanatisch-religiösen Kriegshetzer der Techiya-Partei, des Rabbi Kahane und anderer faschistischer Kräfte geht die Politik Israels weiter einen Weg, der eine Bedrohung für alle seine Nachbarn darstellt und keinerlei Chancen für eine Lösung der Konflikte erkennen läßt, die durch die Großmachtpolitik des Zionismus entstanden sind.

Nicaragua

MAP-ML nimmt an den Wahlen teil

In Nicaragua ist eine lange bestehende Forderung der Marxisten-Leninisten erfüllt worden. Die Wiederaufnahme der MAP-ML (Bewegung der Volksaktion-ML) in den Nationalrat (Consejo nacional). Damit ist endlich die Gleichbehandlung der MAP-ML mit den anderen Parteien des Landes formal zumindest hergestellt. Wie wir aus Managua erfahren, wird die MAP-ML an den Wahlen im November teilnehmen und einen Kandidaten für die Präsidentschaft aufstellen. Näheres in einer unserer nächsten Ausgaben.

Meldungen

Argentinien

Videla in Haft

Der Chef der früheren Militärjunta von Argentinien, der General Jorge Videla, ist jetzt endlich verhaftet worden. Mit ihm, dem Junta-Mitglied Emilio Masera und dem ebenfalls jetzt festgenommenen ehemaligen Luftwaffenchef Orlando Agosti sitzen die drei größten Verbrecher der Militärjunta. Allen dreien werden schwere Verstöße gegen die Menschenrechte während der Zeit der Militärjunta vorgeworfen, für die sie jetzt endlich büßen sollen. Gegen neun weitere Junta-Mitglieder wird wegen Folterungen und Massenhinrichtungen von Tausenden Menschen ermittelt.

Menschenrechtsorganisationen haben jetzt eine Liste mit Namen von 896 Offizieren bekanntgemacht, die während der Junta Verbrechen begangen haben sollen. Viele von ihnen sind schon in den gut bezahlten Ruhestand versetzt worden, 13 der Angeschuldigten sollen beim nächsten Beförderungstermin in den Generalrang befördert werden.

Man wird abwarten müssen, ob mit der Verhaftung der Chefs all dieser Verbrechen endlich das Aufräumen in der Armee beginnt, das der neue Präsident des Landes Alfonsín nach seiner Wahl angekündigt hatte.

Südafrika

Schüler erschossen

Johannesburg. — Die Polizei des südafrikanischen Rassenregimes hat wieder einmal einen demonstrierenden Schwarzen ermordet. Ein 22-jähriger, der an einer Demonstration von Schülern teilgenommen hatte, ist in Welkom erschossen worden.

Die Schüler hatten gegen das zweitrangige Bildungssystem für Schwarze demonstriert und unter anderem gefordert, endlich auch Interessenvertretungen für sich wählen zu dürfen.

Als die Demonstration in einer Siedlung für Schwarze große Empörung gegen das Apartheitsregime auslöste, kam es, so die Polizei, „zu Unruhen“ gegen die mit Waffengewalt vorgegangen wurde.



Demonstration in Mexico City

Die Erpressungspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF)

Wie Kredite die Armut erhöhen

Das Beispiel Mexico

Der Internationale Währungsfond gewährte Mexico — einem Land, das bis dahin schon mit 90 Milliarden (!) Dollar verschuldet war — einen weiteren Großkredit von 3,8 Milliarden Dollar. Fünf Jahre rückzahlungsfrei und mit besonders „Günstigem“ Zinssatz, soll diese Summe eine Art Belohnung für die Stabilitätspolitik des Landes sein — in Wirklichkeit ist dieser Kredit nichts anderes als der Versuch, eine ökonomische Katastrophe aufzuhalten.

„Fortschritt in Mexico“, „Mexicos Wiedererstarben“, „Mexico: Grund zum Optimismus“, so und ähnlich lauten die Schlagzeilen der Presse zur mexicanischen Wirtschaftspolitik, Lob erteilte Präsident Miguel de la Madrid für seine Sparpolitik auch vom Bundeskanzler Kohl, dem man allerdings noch am wenigsten vorwerfen kann, daß er nicht sieht, wie die reale Lage ist, was dran ist an den optimistischen Wirtschaftsdaten.

Raoul Prebisch, Berater des argentinischen Präsidenten Alfonsín hat schon 1982 vor Euphorie gewarnt: „Jetzt ist Mexico sozial höchst explosiv wegen der gewaltigen sozialen Gegensätze“. Und genauer sagt es ein Sprecher der Vereinigung zum Schutz der Konsumenten: „Wer sich über die tatsächlichen Lebenshaltungskosten informieren will, der muß schon eine Indio-Hausfrau und nicht die Bank von Mexico fragen.“

Der ganze gemachte Zweckoptimismus kann nicht einmal verbergen, daß die mexicanische Regierung nicht einmal die Aufgaben des IWF erfüllen konnte und die Inflation auf ein Maß von „nur“ 40 Prozent herunterdrücken. 1984 schätzt man die Inflationsrate auf 60 Prozent und mehr, 1983 waren es über 90 Prozent. Auch das Haushaltsdefizit des Staates ist enorm.

Diese Zahlen werden aber von den Finanzkapitalisten deswegen als positiv betrachtet, weil sie aufgrund schärfster Ausbeutung der Bevölkerung wesentlich günstiger sind als noch vor Jahren, wesentlich günstiger auch als in anderen

lateinamerikanischen Staaten. Erkauft wurde diese „optimistische“ Entwicklung allerdings mit einem gnadenlosen Raubzug gegen die Bevölkerung.

Die einheimische Währung wird praktisch täglich um 13 Centavos abgewertet, was einer jährlichen Geldentwertung von 33 Prozent gleichkommt. Die Kaufkraft des Pesos sinkt zusehends. Die Löhne wurden nach Berechnungen selbst bürgerlicher Experten in ihrem realen Wert seit 1976 halbiert. Da kann auch eine von der Regierung angebotene Anhe-

kann. Allein an Zinszahlungen stehen in diesem Jahr zehn bis zwölf Milliarden Dollar an. Bei Weiterführung der Hochzinspolitik der US-Banken kann sich dieser Betrag noch um zwei Milliarden Dollar erhöhen.

Woher diese Summen kommen sollen — für die IWF-Finanzhaie ist das klar: aus noch schärferer Ausbeutung des Volkes — aus noch mehr „Spar-samkeit“ bei Staatsausgaben, die keinen Profit bringen. Die einzig nennenswerte Deviseneinnahmequelle Mexicos, der Erdöllexport, der 70 Prozent am

Lateinamerika: Die Belastung der Schuldner

Land	Verschuldung pro Kopf in US-\$	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 1983 in %
BRASIL	734	- 3,3
MEXIKO	1230	- 4,0
ARGENTINIEN	1554	+ 2,0
VENEZUELA	2372	- 2,0
CHILE	1819	- 0,5
PERU	686	-12,0

Quellen: Morgan Guaranty Trust, Ito & Interamerikanische Entwicklungsbank, The Economist

Daten zur IWF-Politik aus dem „stern“ 32/84

bung der Mindestlöhne von 20,2 Prozent nicht viel helfen. Enorm klettern nämlich vor allem Preise für Elektrizität, für Grundnahrungsmittel wie Bohnen, Eier, Reis, Fleisch und Hähnchen. Offizielle Statistiken weisen nach, daß 30 Millionen der 74 Millionen Mexikaner unterernährt sind. Sieben Millionen offiziell registrierte Arbeitslose gibt es, weitere Millionen sind unterbeschäftigt.

Die neuen Kredite werden das Massenelend in Mexico nicht beseitigen, nicht lindern — im Gegenteil: Sie sollen die Voraussetzung dafür schaffen, daß Mexico seine enormen Zins- und Tilgungsraten abtragen

Gesamtexport ausmacht, reicht weder zur Tilgung der großen Schuldenlasten noch zur notwendigen Investition und der Einfuhr von Rohstoffen und Ausrüstungen, um die stagnierende Wirtschaft zu beleben.

Während sich im Lande selbst die Klassenkämpfe verschärfen (dazu werden wir demnächst noch einen Extra-Artikel bringen), sich „sozialer Sprengstoff“ anhäuft, wie selbst ein Kapitalistenblatt wie die „Wirtschaftswoche“ schreibt, versuchen die internationalen Großbanken ihren Profit weiter auf Kosten der Bevölkerung zu sichern.

MEDIZINISCHES GERÄT FÜR NICARAGUA

Eine Sammlung von medizinischem Gerät und Einrichtungsgegenständen, die die fortschrittliche Hilfsorganisation „medico international“ durchführt, wird vom Bremer Gesundheitsladen mit einer LKW-Tour durch die Bundesrepublik und Westberlin unterstützt. Vom 3. bis 8. September fährt der LKW

durch sieben Städte, wo nicht nur viel medizinisches Gerät und Einrichtungsgegenstände „eingesammelt“ werden sollen, sondern überall auch noch Aktionen stattfinden werden. Während der Tour sind Kultur, Kino, Kundgebungen und Theater, Information und Berichte zu Nicaragua angesagt. Hier die Termine für

die verschiedenen Städte: Bremen, 3.9., 14.00 Uhr, Hamburg, 4.9., 11.00 Uhr, Lübeck, 4.9., 17.00 Uhr, Westberlin, 5.9. 14.00 Uhr, München, 6.9., 15.00 Uhr, Frankfurt, 7.9., 15.00 Uhr, Göttingen, 8.9., 11.00 Uhr. Nähere Informationen beim Bremer Gesundheitsladen, Tel.: (0421) 498 8634.

Nach 50000 Pfund Geldstrafe

Gericht beschlagnahmt Gewerkschaftsvermögen

Kumpel verbarrikadieren sich

Schon mehrfach berichteten wir im „Roten Morgen“ über einen wichtigen Aspekt des Arbeitskampfes der Bergarbeiter in England. Neben dem Ziel, die Stilllegung von 20 Zechen und damit die Vernichtung Tausender Arbeitsplätze zu verhindern, geht es in diesem Streik auch gegen die Gewerkschaftsgesetzgebung der Thatcher-Regierung. Vor allem das Verbot, in Betrieben, wo man nicht arbeitet, Streikposten zu stehen, durchbrechen die Kumpel immer wieder. Deswegen wurde die Gewerkschaft der Bergarbeiter zu 50000 Pfund Geldstrafe verurteilt, als sie das Urteil nicht anerkannte, wurde das Vermögen der südwalisischen Organisation der Gewerkschaft NUM (National Union of Mineworkers) beschlagnahmt.

Schon länger blockieren Kumpel auch Stahlwerke und Kraftwerke, um dort den Einsatz von Kohle zu verhindern, die zum Teil importiert wird, um den Arbeitskampf zu unterlaufen. So auch bei einem Stahlwerk im walisischen Küstenort Port Talbot. Hier aber klagten zwei Fuhrunternehmer gegen die Blockade, aufgrund der geltenden Gesetze kam es zunächst zu der erwähnten Geldstrafe, dann zum Beschlagnahmebeschluß.

zurück, kapituliert wird nicht, wir werden kämpfen und gewinnen, selbst wenn wir dabei sterben müssen.“

Geld werden die Gerichtsvollzieher — falls sie je in das Haus reinkommen — sowieso nicht finden. Was nicht in Lebensmittelvorräte für die schon seit über fünf Monaten kämpfenden Bergarbeiter angelegt worden ist, ist ins Ausland transferiert worden.

So wird in England neben



Mit diesem Urteil soll die NUM ähnlich hart getroffen werden wie im vergangenen Jahr die Druckergewerkschaft, der in einem Arbeitskampf eine Geldstrafe von 675000 (!) Pfund das Rückgrat brach. Aber die streikenden britischen Bergleute geben auch jetzt nicht auf. Ihre erste Reaktion war die Verbarrikadierung ihres Gewerkschaftshauses in Pontypridd, dem Büro des verklagten Bezirks der Gewerkschaft. Rund um das Gebäude wurde der Verkehr lahmgelegt mit Barrikaden und Stacheldraht wurde das Haus dichtgemacht — bis Redaktions-schluß des RM wagten sich die vier bestellten Gerichtsvollzieher nichtmal in die Nähe dieser Festung der Kumpel. Der regionale Geschäftsführer, Emlyn Williams gab die Parole aus: „Genossen, es gibt keinen Weg

dem Kampf um Arbeit und Brot auch der Kampf um Gewerkschaftsrechte mit aller Konsequenz geführt. Die großen Opfer, die die Streikenden bringen, haben nicht zur Aufweichung der Kampffront geführt. In dem hier konkret geschilderten Fall hat der Präsident der NUM, Arthur Scargill, jetzt bekanntgegeben, daß trotz der Urteile die Streikposten von Port Talbot nicht abgezogen würden, „unabhängig davon, wieviel von unserem Eigentum beschlagnahmt wird.“ Scargill weiter: „Wenn nötig, wird die NUM von einer Telefonzelle aus operieren“. Im folgenden nochmals unser Spendenaufruf für die britischen Kumpel, die wirklich jede Mark brauchen — und verdienen — für ihren mutigen und konsequenten Kampf.

Spenden

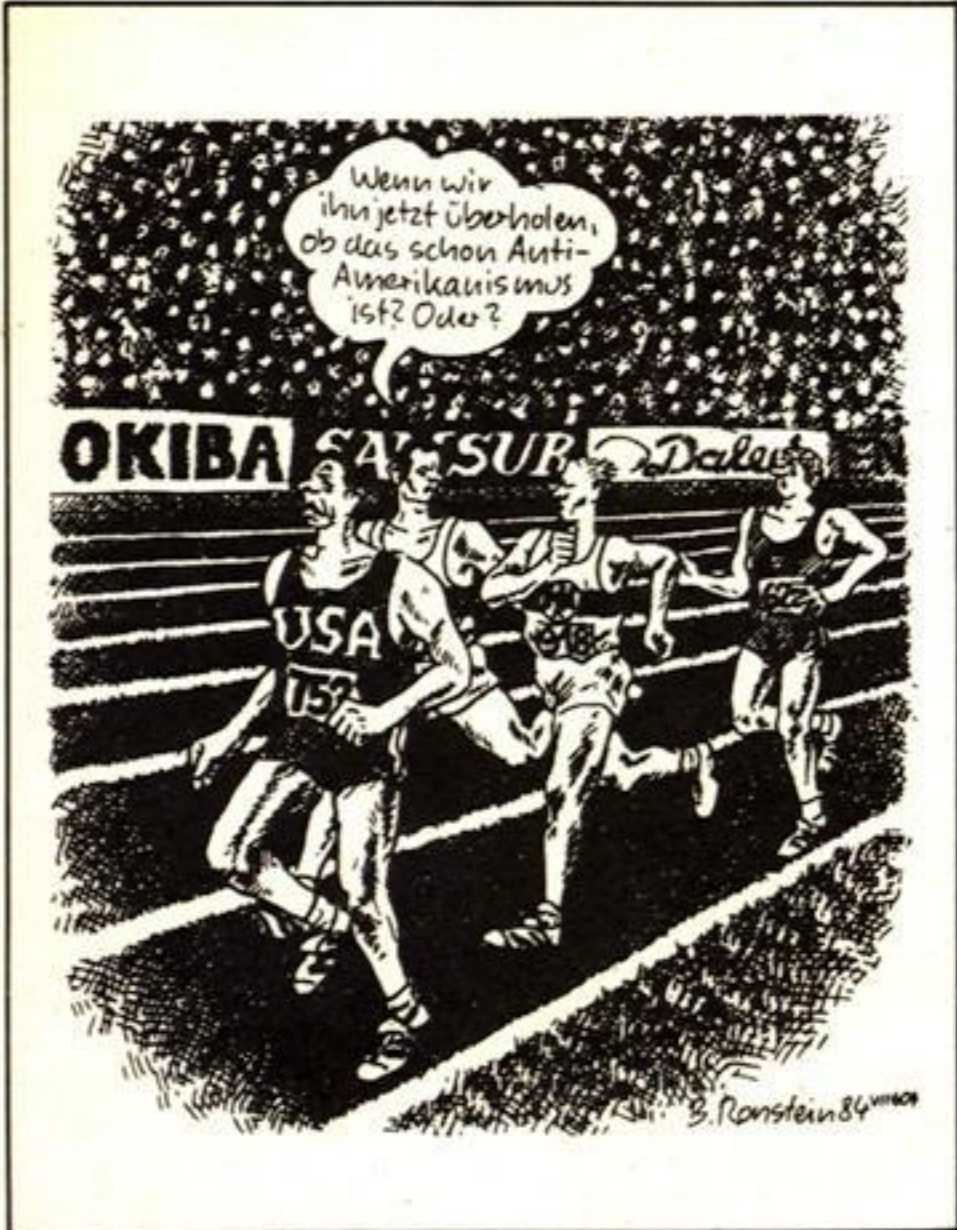
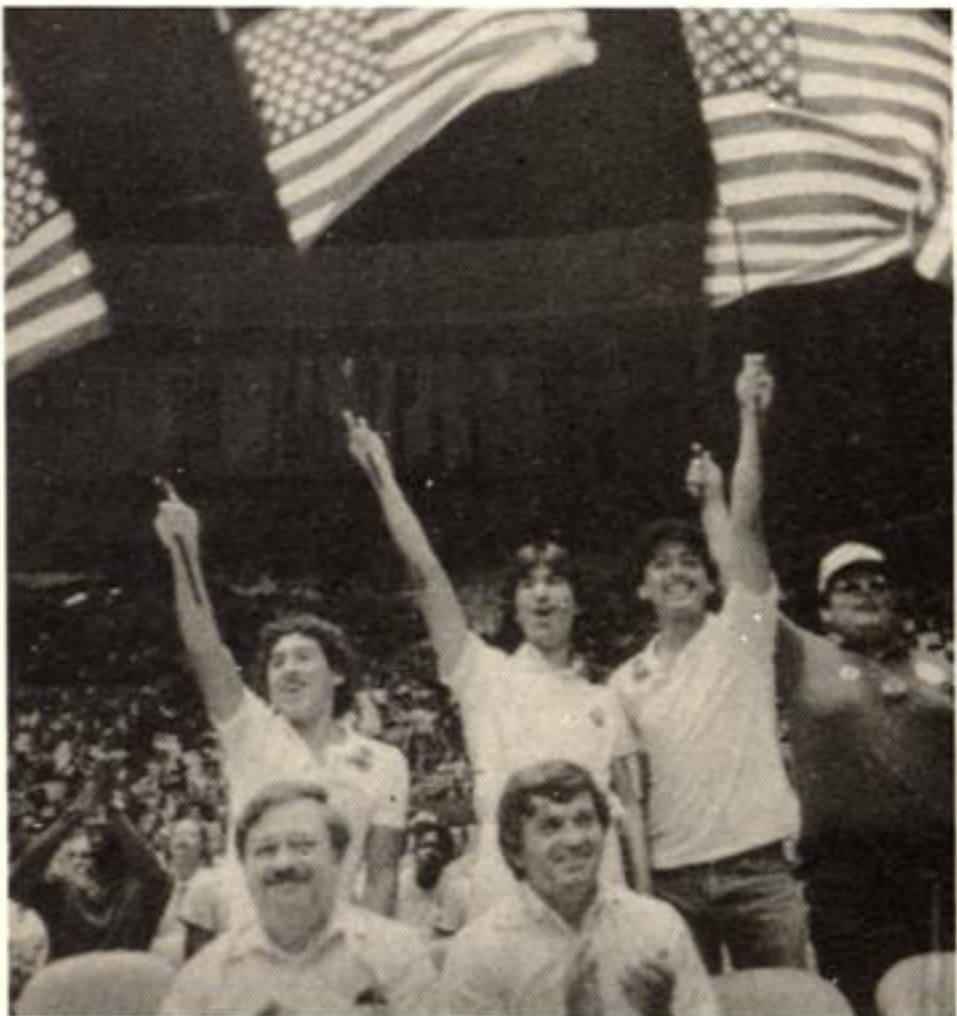
(als Scheck oder Postanweisung) an
National Union of Mineworkers (Kent Area)
Miners Office account 30131703
Waterside House
Cherry Tree Avenue
Dover CT 16 2 NJ, England
oder an Verlag RM
Stadtparkasse Dortmund Kto.-Nr. 321000290,
(BLZ 440 50199) Stichwort „Bergarbeiter“

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



USA: WAHN & WIRKLICHKEIT



Der sportliche Wert der Olympischen Spiele von Los Angeles war schon durch den Boykott der UdSSR und anderer Staaten des Ostblocks gesunken. Diese Reaktion auf Jimmy Carters Boykott von 1980 hat sicherlich mit dazu beigetragen, daß das, was man den „Geist der Spiele“ nennt, absolut nicht mehr zu finden ist. Die Idee, ein heiteres, friedliches Fest der Jugend der Welt zu veranstalten, eine Gelegenheit zu schaffen, für Vertreter aller Völker fair miteinander zu wetteifern und sich danach wieder gut zu verstehen — diese Idee ist bei den jetzigen Olympischen Spielen pervertiert worden. Die Boykotts der Supermächte, ihre Weigerung im Land des jeweils anderen zu Gast zu sein, hat entschieden dazu beigetragen, daß es bei den Spielen zu immer mehr negativen Erscheinungen kommt.

In Los Angeles 1984 ist es nicht einmal die totale Kommerzialisierung der Spiele. Wenn das Internationale Olympische Komitee, mit Billigung aller Mitglieder die Organisation der Olympiade praktisch der US-Wirtschaft verkauft, so dürfen diese Erscheinungen bei den „McDonalds-Coca-Cola-&-Co-Spielen“ am wenigsten überraschen. Schlimmer ist die Welle des Chauvinismus, des Nationalismus, die im Zusammenhang mit diesen Spielen die USA erfaßt hat, die gemacht und gefördert wird, um die Stellung als „Weltmacht Nr. 1“ der USA zu unterstreichen.

„Gewinnen ist nicht, wichtig“. Es ist das einzige! Dieser Satz eines US-Sportfunktionärs verdeutlicht die Auswirkung solcher chauvinistischen Ansichten auf den Sport. „Go for the Gold“, die allorts zu lesende, zu hörende Parole führt dazu, daß in Los Angeles nur wichtig zu sein scheint, was dem „Goldrausch“ der USA-Athleten nutzt. Umstrittene Kampfrichterentscheidungen, ein fanatisches Publikum, total einseitige Fernseh- und Presseberichterstattung schüren die Chauvinismuskampagne, treiben Emotionen hoch, schaffen ein Klima, in dem Sportler anderer Nationen, „Zwerge, Exoten“ genannt, nur noch Nebendarsteller dieses Schauspiels sind.

Kritische Stimmen am Rande können daran nichts ändern. Sogar der Chef der westdeutschen Olympiamannschaft, der Leichtathletikfunktionär Heinz Fallak meinte: „Es entspricht nicht dem olympischen Geist, wenn die USA unter dem Zeichen der Ringe zum Aufbruch rüsten“. Und sogar ein konservatives Blatt die „Los Angeles Times“ machte mit der bitter-ironischen Überschrift „Amerika über alles“ auf —, in Deutsch!

Und diese Ironie trifft. „Zwei Milliarden fernsehen-

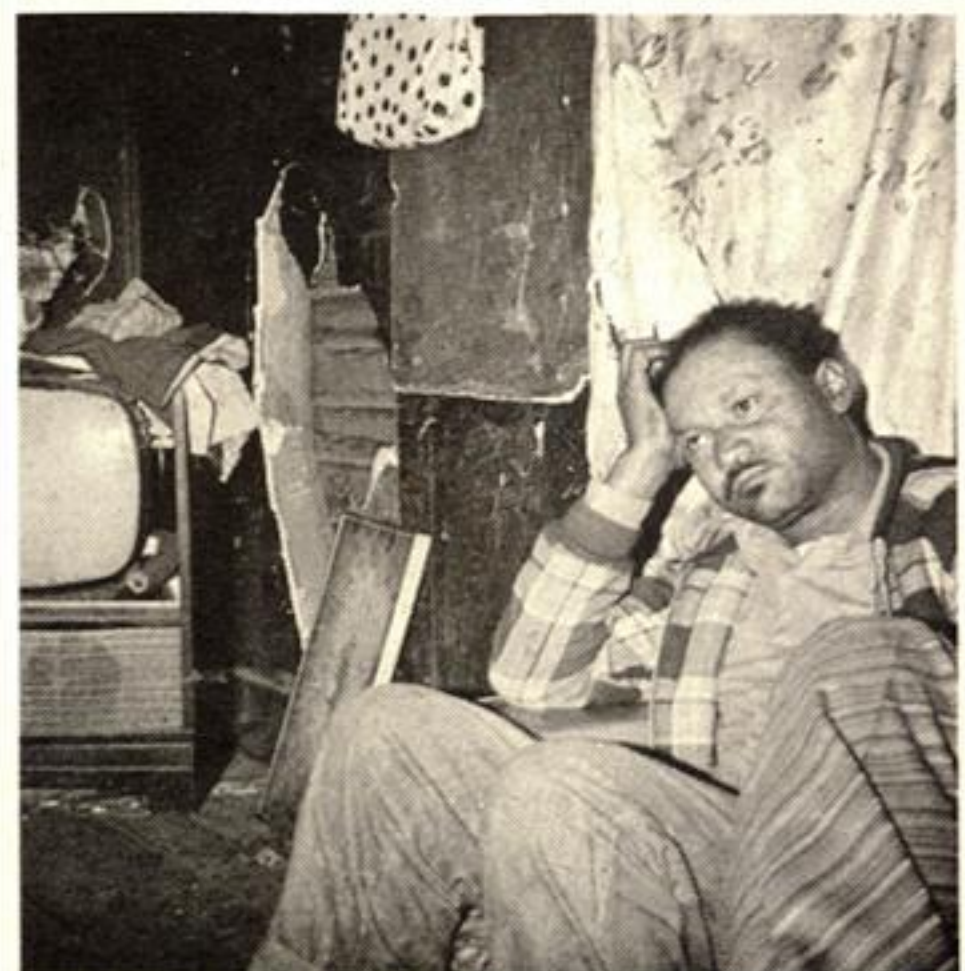
der Menschen in aller Welt werden Zeuge eines wiedererwachenden Amerika“, so kommentiert eine bekannte Publizistin in den USA das Spektakel, und sie meinte, ein jeder könne mitbekommen, wie „Amerika seinen Platz in der Welt neu bestimmt“. Ganz vorne natürlich — nur auf Platz eins — wo sonst. „Ein neuer Patriotismus durchströmt das Land“, freut sich auch Präsident Ronald Reagan, dem natürlich nichts gelegener kommt als diese Stimmung, wenige Monate vor den Wahlen. Die „Operation Gold“ dient nämlich auch dazu, andere Nachrichten vergessen zu machen, mit dem Größenwahn des Goldrauschs der Nation Nr. 1 Wirklichkeiten zu überdecken.

Nachrichten aus den USA aus den Tagen der Spiele in LA: Am vergangenen Freitag schloß die New Yorker Börse mit ihrem bisher besten Ergebnis ihrer Geschichte ab. Wall Street jubelte: „Das ist eine Rakete, das ist ein Meteor“, so ein Börsenmakler. Die Aktiengeschäfte laufen wie noch nie. Eine Nachricht vom gleichen Tag: Die offizielle Arbeitslosenquote, die nur einen kleinen Teil der Arbeitslosen erfaßt, stieg von 7,1 auf 7,5 Prozent im Juli.

Washington, 3. August 1984: Wie das Statistische Amt in Washington bekanntgab, ist die Zahl der Armen in den USA seit 1981 (dem Jahr des Amtsantritts von Reagan) ständig gestiegen. Im vergangenen Jahr lebten in den USA „in Gottes eigenem Land“ 35,3 Millionen Bürger — das sind 15,2 Prozent der Gesamtbevölkerung unterhalb der sogenannten Armutsgrenze. Die Kurve geht ständig nach oben: 1977 galten noch 11,7 Prozent als arm, 1980 immerhin schon 13 Prozent, das waren 29,3 Millionen Menschen. Dem statistischen Amt zufolge sind die jetzt über 35 Millionen Armen vor allem Frauen, Farbige und Kinder.

Die „Armutsgrenze“ des Statistischen Amtes liegt für eine vierköpfige Familie bei einem Jahreseinkommen von 10178 Dollar. Die Kaufkraft des Dollars in den USA liegt sicher nicht viel über dem der DM in Westdeutschland. So blieben pro Person gut 2500 im Jahr, etwas mehr als 200 im Monat. Davon ist Wohnung, Kleidung und Essen in den USA kaum zu haben. Und wichtig: die erwähnten 35,3 Millionen Menschen haben dieses Mindesteinkommen nicht, sie liegen unter dieser Armutsgrenze. Erklärlich — nach diesen Angaben auch die vielen Hungertoten in den US-Großstädten jeden Winter, die Erfrorenen, die Notwendigkeit öffentliche Suppenküchen einzurichten...

Ob der neue Goldrausch in den USA stark genug ist, um diese Wirklichkeit lange genug zu überdecken, wird sich zeigen.



Armut in den USA. Aus dem Buch „Bilder aus Amerika“ des Dänen Jacob Holdt.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Fr. 17.30 bis 18.30 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clauenthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 486529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bucherbörse Karola Firzief, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5080 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 188, Tel.: (0621) 523968.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 85 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653968, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.